auditorium 51
Dezember 1967
C 20825 F



Stille Nacht..?

24 Stunden Waffenruhe

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

in diesem Heft

Impressum: Ausgabe Dezember 1967 / Verlagsort Hamburg.

Verantwortlich: Holger-Jens Riemer.

Allgemeines: Christine Rudbruch.

Gestaltung: Holger Rust.

Mitarbeiter dieses Heftes: Helga Bauer, Juan Gutierrez, Dirk Hoerder (Minneapolis), Stephan Leibfried (Berlin), Jens Litten, Holger Oehrens, Joachim Radkau, Peter Schütt, Jakob v. Uexküll.

Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.

Verkaufspreis: –,30 DM.

An Studenten der Universität Hamburg: kostenlos. auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvestehude 400 20.

Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11–15.

Auflage dieser Ausgabe: 10 000.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher übernehmen wir keine Gewähr. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

Vorlesungs- und Seminarkritiken werden anonym veröffentlicht. Die Namen der Autoren sind der Redaktion bekannt.

Leserbriefe

audi 49: Oberlercher: Kalamitäten

W. v. Humboldt war der Ansicht, daß das Studium den Menschen bilde und wandle. Er mag noch ein Weilchen hoffen, denn Herr Oberlercher hat mit seinen Studien erst angefangen. Aber es besteht die Aussicht, daß sich Humboldts Meinung als fragwürdig erweist . . .

Ich will nicht auf die durch seine Nomenklatur sich ausdrückenden Denkschablonen von Herrn Oberlercher eingehen, sondern an zwei Beispielen nachweisen, wie er die Wirklichkeit verfälscht und die Studenten verdummt, um seine unausgegorenen Meinungen zu verbreiten. Es ist eine glatte Unwahrheit, wenn von ihm behauptet wird, daß faktisch die Lernfreiheit am PI beseitigt sei. Jeder Student kann sich die ihm zusagenden Veranstaltungen — außer einmal der verbindlichen Vorlesung „Grundfragen der muttersprachlichen Bildung" — aus dem Semesterangebot nach eigenem Gutdünken auswählen.

Wenn jemand Geschichte studiert, so muß er drei Pro- und drei Hauptseminare absolvieren, um gelernt zu haben, wie das Handwerkszeug eines Historikers richtig anzuwenden ist. Warum sollte diese Überlegung nicht auch für das Fach Erziehungswissenschaft gelten?

Aber für dieses Fach besteht keine derartige Verpflichtung! . . .

Da Herr Oberlercher sich mit den Studienanforderungen auseinandergesetzt haben muß, bevor er sein Pamphlet verfaßte, kann es ihm nicht entgangen sein, daß ein Sozialhelferdienst von vier und nicht von sechs Wochen möglichst nach dem ersten Semester absolviert wird . . . Nun zu dem halbverdauten Wissen aus der Vorlesung „Theorie der Schule". Da „gerierte" sich kein „Schwachsinn als wissenschaftlicher Begriff". Es wurde gesagt, Theorie bedeute ursprünglich das Zuschauen beim Schauspiel, nicht das Eingreifen in eine Handlung. Die Wissenschaft beobachtet und analysiert nur; die Geschichtswissenschaft gibt dem Bundeskanzler keine Anweisungen für den nächsten Tag. Sie will die Wirklichkeit erfassen, nicht verändern. . .

So bleibt als Quintessenz, daß Herr Oberlercher den Gedanken der Vorlesung nicht folgen konnte und zur Abfassung seines Berichtes — wenn ich auf jede euphemistische Umschreibung verzichte — Lügen in die Welt setzt . . . Ich nahm gegen den behaupteten „Schwachsinn" Stellung, weil ich nicht will, daß man beim Lesen des „auditorium" von Herrn Oberlerchers Schwachsinn auf die Geistesverfassung der übrigen Hamburger Studenten schließt. Diese und deren Anliegen will die Zeitschrift ja vertreten.

Hans-Uwe Scharnweber, stud. phil.

„Anliegen" zu vertreten, ein Wort, das dem Jargon der Eigentlichkeit zugehört, ist sich die Redaktion nicht bewußt. Schon eher: legitime Interessen der Studenten zum Ausdruck zu bringen.

Die Red.

audi 50: Oberlercher: Wenke . . .

Weil ich weder das Seminar noch die Vorlesung von Prof. Wenke besuche, kann ich zu den Einzelfragen keine Stellung nehmen.

Ich finde es aber nicht richtig, daß von einer Minorität „Publikumsbeschimpfung" betrieben werden kann, denn sich über rechtliche Fragen zu orientieren, halte ich für sehr nützlich. Hätten andere Menschen auch so gedacht, wären die Vorfälle in Nagold nicht passiert.

Woher nimmt Herr Oberlercher die Unverschämtheit zu behaupten, die Studenten säßen in Prof. Wenkes Vorlesung mit schlechtem Gewissen?

Hans-Uwe Scharnweber, stud. phil.

audi-intern

nützlich

Vorlesungskritiken zu drucken, war einer der programmatischen Punkte, die sich die Redaktion des auditorium vorgenommen hatte, um die Diskussion zu Fragen der Hochschulreform in Hamburg praktisch zu machen. In Gang gekommen ist sie aus bekanntem Anlaß.

Wir hatten vier Professoren angeschrieben, uns zu diesem Thema etwas zu schreiben. Prof. Kob hat in Heft 49 seine Stellungnahme dazu abgegeben. Sie wird in diesem Heft kritisch analysiert. Prof. Tausch hat uns als zweiter seine Vorstellungen dazu in einem Artikel entwickelt, den wir in diesem Heft abdrucken. Damit ist hoffentlich klargestellt, daß wir jederzeit bereit sind, professorale Gegendarstellungen zu Rezensionen zu bringen.

Die Redaktion hatte sich den Rat Prof. Kobs zu Herzen genommen, anonyme Rezensionen seien ein „Zeichen fehlenden Selbstbewußtseins" des rezensierenden Studenten. Ihnen werde dadurch das „Leben nicht schwer gemacht", zumindest sei ihm kein Fall bekannt. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Student, der Kritik geübt hatte, bekam Repression unvermittelt zu spüren: er wurde aus dem Seminar, das er zu kritisieren gewagt hatte, vom Professor verwiesen. Freilich kann man über Stil und Form der Rezension kontroverser Ansicht sein. Daß sie bewußt polemisch und provokant akzentuiert ist, darf indes nicht übersehen lassen, daß Kritik auch von ihrem Gegenstand bestimmt wird.

Wir bedauern, daß nach dem spektakulären Ereignis des Rauswurfs Sinn und Zweck von Vorlesungs- und Seminarkritiken weithin noch undiskutiert blieben. Wir bedauern, daß durch die notwendige Hintergrundinformation über die Vergangenheit Prof. Wenkes das ganze Unternehmen einen peinlich personalistischen Charakter erhalten hat.

Um schärfer den Zweck von Kritiken zu Lehrveranstaltungen hervortreten zu lassen, nämlich die praktische Veränderung der gegenwärtigen Hochschulstruktur, fordern wir die Leser des auditorium auf, statt der Person die Sache ins Blickfeld zu rücken, wenn sie, möglichst im team, derlei Kritiken zu verfassen gedenken.

Herzlichst
Ihr Holger-Jens Riemer

audi-gespräch mit der Kommune II

Nicht nur Protest

„Kommune ist eine neue Form von Freiheit... Das Fernziel ist, ganz Westberlin in Kommunen aufzulösen", so konnten sich Anfang Juni dieses Jahres SPIEGEL-Leser von Rudi Dutschke gewarnt — oder aufgerufen fühlen. „... und was dabei herauskommt, darüber möchten wir mit Euch reden und agieren, wir haben das nötig", bekannte einen Monat zuvor Kommunarde Langhans im FU-SPIEGEL. „Die totale Kommune", „Verwertungskommune", „Lern- und Arbeitskommune", das alles sind verbale Varianten einer ursprünglich ernstgemeinten Kampagne, sie zeugen von dem Bedürfnis nach Umgestaltung der Lebensverhältnisse.

Wir fragten Eike Hemmer, Initiator und Mitglied der Kommune II, warum er in die Kommune gegangen sei.

„Mir ist etwas unbehaglich, wenn man ‚Kommune' zur Weltanschauung erhebt; eine Kommune macht man vor allem aus Verzweiflung, — an dem Leben, wie es jetzt eingerichtet ist, am eigenen Mitleben, das sich da nicht raushalten kann. Ich glaube, ohne politische Zielsetzung kann man keine Kommune machen; politisch meinetwegen im weitesten Sinne. Es geht, meine ich, darum, das Leben subjektiv so zu verändern, daß die Chance besteht, die Lebensbedingungen auch objektiv zu verändern."

„Wann kam im SDS die Idee auf, Kommunen zu bilden?"

„Wir haben schon vor fast zwei Jahren daran gedacht. Damals theoretisierten K I, K II und Dutschke noch zusammen. Letzten Silvester haben wir sogar schon einen Anlauf zum Zusammenleben unternommen, aber das war theoretisch noch nicht genügend durchdacht. Wir hatten noch nicht gelernt, auch Ideen als Kollektiveigentum zu betrachten. Es hieß immer noch: ‚Das hat sich der Teufel ausgedacht, und das sagte Eike ...' Besonders die Mädchen hatten Angst."

„Wie kam es dann zur Spaltung in K I und K II?"

„Der erste Versuch, wie gesagt, hatte nicht so richtig geklappt. Darum meinte damals Kunzelmann, wir müßten Kommune machen, um erst mal rauszukriegen, warum das nicht ging. Aber da schieden sich unsere Geister: Es war wohl hauptsächlich ich, der fand, ohne Aktion ginge das überhaupt nicht und man müßte vor allem politisch agieren, psychologisieren nebenher. Danach zog die K I bald in die Johnson-Wohnung (im März dieses Jahres) und wir zwei Wochen später ins SDS-Zentrum. Was nachher dabei herauskam, war aber, daß die K I mit ihrem Psychologisieren an einen toten Punkt gelangte: dann wollten sie ‚endlich mal was tun'. Und dann kochten sie Pudding und bastelten Rauchbomben."

„Und ihr?"

„Für uns war es verdammt schwer: gerade durch den Versuch zusammenzuarbeiten, drängen sich die Probleme in den Vordergrund und sabotieren die Arbeit."

„Wie managt Ihr Euer Alltagsleben in der Kommune?"

„Ach, das klappt noch am besten: Wir sind zur Zeit sieben, dazu zwei Kinder, 3 und 5 Jahre alt. Die Arbeit geht rundum, grundsätzlich keine Arbeitsteilung. Klaus kocht immer dasselbe: Nudeln mit Hack, aber was macht's. Schwierig ist dabei nur, wie wir die Assoziation Familie vermeiden sollen. — Bei uns sind wir in Pärchen geteilt, was aber kein Zwang ist, es hat sich nur so ergeben. Meistens gehen die Mädchen auch weg, wenn ihr Freund weggeht. Das alles spielt sich ein. Mitglieder kommen und gehen, zeitweilig sind einige assoziiert. Aber die Hauptsache ist, daß wir über alles reden. Wir schmollen nicht und gehen dann nicht ins Kino, wenn wir uns abreagieren müssen, sondern wir reden darüber. Das ist natürlich nicht immer leicht. Einmal gab es einen so großen Krach, daß wir uns getrennt haben, aber wir haben es dann noch einmal versucht."

„Nehmt ihr Euch nicht ein bißchen zu ernst?"

(Lachen) „Natürlich zeitweise, aber dafür haben wir auch viel mehr Möglichkeit, Spaß und Lebensfreude wiederzuentdecken. Ich z. B. habe früher nie geglaubt, daß Tanzen schön sein kann."

„Du hast Dein Studium nach dem Vordiplom aufgegeben; warum?"

„Ja, weißt Du, intellektuelle Leistungen bringen wir heutzutage fast nur noch durch Verdrängungen zustande. Die guten Noten, später das Auto, wiegen mir nicht meine psychischen Opfer auf, die ich dafür bringen muß."

„Was werdet Ihr tun, wenn Ihr in der Kommune Eure Probleme soweit gelöst habt, daß die Gespräche allein Euch nicht mehr zusammenhalten?"

„Ziel bleibt immer die politische Aktion. Marcuse hat einmal vor der Gefahr des ‚neurotischen Revolutionärs' gewarnt, — das will die Kommune verhindern. Die Kommune deckt Probleme auf, aber sie löst sie nicht. Sie schärft das Bewußtsein und kann deshalb zur Triebfeder werden, um die Gesellschaft zu verändern.

Wie wir weitermachen können, das ergibt sich erst, wenn wir mit der jetzigen Phase fertig sind. Und ob es geht, das wissen wir alle noch nicht.

Tschüß, ich muß jetzt die Kinder vom Kindergarten abholen." -ch

Jakob v. Uexküll

»Zur Hölle mit der Weltmeinung«

Bericht vom Vietnam-Tribunal in Kopenhagen vom 20. November – 1. Dezember 1967

Die dänische Presse entlieh das Springerwort für unliebsame Realitäten: In Roskilde bei Kopenhagen tagte das „sogenannte" Vietnam-Tribunal. Es untersuchte, ob und in welchem Umfang die USA in Vietnam Kriegsverbrechen begehen und gegen internationale Verträge verstoßen, zu deren Einhaltung sie verpflichtet sind, unter anderem die Genfer Konventionen gegen Gas und andere „inhumane" Waffen (1925), über die Rechte der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen (1949) sowie der Kellogg-Briand-Pakt, der den Angriffskrieg zum „internationalen Verbrechen" stempelte (1928), die UN-Konvention gegen Völkermord und das Genfer Indochina-Abkommen (1954), welches jegliche ausländische Einmischung in Vietnam verbot.

Vorerst unlegitimiert

In einer kommenden Sitzung wird das Tribunal die Frage der persönlichen Schuld entscheiden nach den Normen der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg und Tokio, denn sagte nicht damals der US-Hauptankläger Jackson: „Falls gewisse Handlungen verbrecherisch sind, dann sind sie es gleichviel, ob die USA oder Deutschland sie begehen. Wir haben nur das Recht, die Angeklagten zu verurteilen, weil wir selbst bereit sind, uns denselben Gesetzen zu unterwerfen."

Das Tribunal kann nur informieren; es ist machtlos und – vorerst – unlegitimiert. „Legitimieren", sagt Tribunal-Präsident Jean-Paul Sartre, „können uns nur die Völker der Welt, indem sie unser Urteil bestätigen."

Anträge, das Tribunal möge sich ihrer Sache annehmen, strömen aber schon jetzt von den Unterdrückten, den Eingesperrten, den Vertriebenen dieser Erde: aus Palästina, Kurdistan, Griechenland, Algerien usw. Legitimieren sie das Tribunal? Wer legitimierte Nürnberg?

Parallelen zu Nürnberg sind leicht zu finden: 1. Beide Tribunale lehnen ein Aufwiegen der Verbrechen des Angreifers durch den Gegenterror der Angegriffenen ab. 2. Göring 1946: „Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind."
– Die Kritiker des Vietnam-Tribunals: Alle Jury-Mitglieder seien bekannte Gegner der amerikanischen Vietnam-Politik.

Maßstab Nürnberg

Doch die deutlichsten Parallelen liegen in den Anklagepunkten: Die Anklage in Nürnberg sagte, die Partisanenbekämpfung sei nur ein Vorwand gewesen für die Ausrottung der Bevölkerung, und Göring gab zu, daß man Vieh und Lebensmittel wegführte, die Bevölkerung verschleppte und in Arbeitslager steckte.

Man vergleiche mit Vietnam: Es sind bis in die Einzelheiten dieselben Verbrechen. Wer Gefangene macht, bleibt für sie verantwortlich.

Die Schuld der US-Truppen in Vietnam wird also nicht geringer, weil sie ihre Gefangenen durch Vietnamesen foltern lassen. Jackson 1946: „Das wissentliche Anzetteln und Planen ist genauso verbrecherisch wie das Ausführen . . . Jene, die an der Formulierung oder Ausführung eines die verschiedenen Verbrechen umfassenden Planes teilnehmen, werden für alle begangenen Straftaten belangt."

Daß die USA in Vietnam Verbrechen begehen, meinen wir seit Jahren sagen zu können, hauptsächlich auf Grund amerikanischer Pressemeldungen. Doch das Tribunal lieferte wichtige, bisher unbekannte Einzelheiten, Genaues über Ausmaß und Systematik und über den völkerrechtlichen Aspekt. Nicht ob das Urteil schon vorher feststand ist von Bedeutung, sondern nur, ob dieses Urteil korrekt war. Die US-Regierung wollte sich in Roskilde nicht verteidigen. Aber ihre Argumente sind bekannt. Die Rechtfertigungsversuche gipfeln in dem Satz:

„In Vietnam ist eine völlig neue Form der Aggression gegen ein unabhängiges Volk ausgelöst worden, das seinen eigenen Weg in Frieden und Freiheit zu gehen wünscht." Denn dieser Satz, so wahr er ist, bezieht sich nicht auf die US-Aggression, sondern auf eine angebliche Aggression Vietnams gegen sich selbst.

Aber nicht Hanoi invadierte den Süden, sondern die USA planten schon 1958 die Besetzung Nordvietnams und der chinesischen Insel Hainan (General Gavin in Newsweek), und seit 1961 werden Guerillas und Sabotagetrupps, meist mit US-Offizieren, nach Nordvietnam eingeschleust, jedoch von der Bevölkerung sofort festgenommen.

»anti-personnel«

Denen, die mit Sartre meinen, es gäbe keine Alternative außer Frieden und totaler Krieg, sei also gesagt, daß dieser Krieg selbst ein Verbrechen ist. Diejenigen, die nicht glauben wollen, „daß die USA plötzlich ein Land von Verbrechern und Sadisten geworden sein sollen" (dänischer Abgeordneter), seien daran erinnert, daß nicht alle Deutschen Sadisten und Verbrecher waren – und doch war Auschwitz wahr. Daß die USA in Vietnam absichtlich nach genauester Luftaufklärung Dörfer, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen, Pagoden und Staudämme bombardieren, meist mit grausamen ‚anti-personnel' Splitterbomben, Zeitzünderbomben, die bis zu vier Tagen später explodieren, und mit Napalm: Europäer finden es unglaublich, die Bewohner Hiroshimas aber kaum.

Die große dänische Zeitung ‚Berlingske Tidende' meint, die US-Presse hätte so wenig vom Tribunal berichtet, weil all dies „schon bis zur Trivialität bekannt ist." Aber noch im März dieses Jahres be-

hauptete ‚Time', bis jetzt sei kein einziger Fall eines napalmverbrannten Kindes bekanntgeworden. Und laut ‚The Economist' wird, „falls bei einem geplanten Angriff irgendeine Möglichkeit besteht, daß Zivilisten zu Schaden kommen, das Ganze meist eingestellt."

Der junge US-Soldat Martinson, der dem Tribunal berichtete, wie er zum Kriegsverbrecher wurde („Ich bin ein normaler Durchschnittsamerikaner, kein langhaariger Typ, kein Marquis de Sade"), konnte seine Eltern von seiner Schuld, von seiner Teilnahme an Folterungen, nicht überzeugen. Ein Neger, ein Indianer wäre weniger skeptisch gewesen.

Strategische Ziele

Die USA zerstörten, laut eigenen Angaben, in Vietnam nur strategische Ziele, aber „die Moral der gegnerischen Bevölkerung ist ein sehr wichtiges strategisches Ziel." (Ludendorff.)

Plötzlich wurden in Roskilde die Menschen hinter den anonymen Zahlen, den sachlichen Presseberichten, lebendig. Ruhig, ohne Übertreibung, ohne Propaganda, berichteten vietnamesische Zeugen von ihren Leiden.

Es folgten die amerikanischen Zeugen. Nicht Deserteure, nicht Kriegsgefangene, sondern aus Vietnam in Ehren zurückgekehrte, medaillenbehängte Offiziere und einfache Soldaten bestätigten, daß die Vietnamesen nicht Ausnahmen, sondern Alltägliches geschildert hatten. Diese GI's waren weder Helden noch Verräter. Sie waren nicht aus Publicity-Sucht gekommen, sondern um gegen den Mißbrauch ihres Idealismus zu protestieren. Sie waren ausgezogen im Glauben, die Freiheit eines Volkes verteidigen zu müssen. Aber man befahl ihnen, dieses Volk zu foltern und zu ermorden, sein Land zu verbrennen, seine Städte und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen, seine Lebensmittel und sein Wasser zu vergiften.

„Unser Offizier sagte: ‚Ihr könnt alle umbringen, die Schlitzaugen haben.'" (Zeuge Campbell.)

„Von meinen 17 Einsätzen als Bomberpilot waren 12 absichtlich gegen rein zivile Ziele gerichtet." (Zeuge J. Clark Child.)

„Ich habe selbst gefoltert, und ich kenne Hunderte von Fällen, wo Amerikaner selbst gefoltert haben. Wir konnten über Leben und Tod der Gefangenen entscheiden: Nichts passiert, wenn einer stirbt. Zuerst prügelten wir, dann folterten wir mit Strom — auch Frauen . . . Wir warfen Gasgranaten in die Tunnel und Schutzräume der Bevölkerung. Wegen der hohen Konzentration wirkt auch sogenanntes Tränengas dort oft tödlich, besonders wenn die Opfer Kinder, Greise oder Kranke sind. Ich sah ein junges Mädchen an einer Gasvergiftung sterben, weil man es nicht ins Lazarett bringen wollte, bevor man es verhört hatte . . . Ein 18jähriger US-Infanterist sagte mir einmal: ‚Mann, du hättest das Mädchen sehen sollen, das ich gestern erschoß!'" (Zeuge Martinson.)

„Gefangene werden oft erschossen, besonders wenn es schwierig ist, sie mitzunehmen oder wenn wir vor kurzem Verluste gehabt haben . . ." (Zeuge Tuck.)

„Bei den Special Forces wird den Soldaten schon in den USA das Foltern beigebracht. Der Ausbilder erwähnt verschiedene Methoden . . . aber vor allem ermuntert er seine Klasse, ihre Phantasie zu gebrauchen. Sie müssen aber Methoden vermeiden, die Spuren hinterlassen. Der Ausbilder weist darauf hin, daß Foltern offiziell verboten ist und legt allen strengste Schweigepflicht auf, denn, wie wir scherzhaft sagten: ‚Die Mütter Amerikas würden das alles nicht schön finden.' Im Gegensatz zu anderen US-Einheiten gehören den Special Forces immer auch Südvietnamesen an und wir empfahlen, diesen das Foltern beizubringen und, soweit möglich, zu überlassen." (Donald Duncan, Offizier und Ausbilder der Special Forces, zeitweiliger Berater McNamaras.)

und die Opfer

Wer in Süd-Vietnam ‚subversiver Absichten' verdächtig ist, kann u. a. mit folgenden ‚Behandlungsmethoden' rechnen:

„Ein eisernes Gestell wurde um meinen Kopf gelegt und immer enger geschraubt, bis meine Augen aus ihren Höhlen traten. Seitdem bin ich zu dreiviertel blind." (Junger Vietnamese.)

„Im Gefängnis von Poulo Condor . . . bekamen wir einmal vergiftetes Essen vorgesetzt: 1000 Gefangene starben. Oft bekommen die Gefangenen nichts zu essen und keine medizinische Betreuung, falls nicht ihre Angehörigen sich darum kümmern können." (48jährige Frau.)

„Nirgends in Süd-Vietnam traf ich auf eine vollzählige Familie." (Zeugin Madeleine Riffaud.)

Newsweek schätzt, daß auf jeden getöteten Guerilla zehn tote Zivilisten kommen.

Die US-Generäle drücken sich immer klarer aus:

„Wir müssen sie in die Steinzeit zurückbombardieren." (Le May.) Forts. S. 6

Fortsetzung von Seite 5

„Wir werden sie solange bluten lassen, daß es für sie mehrere Generationen lang eine Katastrophe sein wird." (Westmoreland.)

„Wir müssen alles zerstören, was dem Feind hilft, das heißt: Alles!" (McConnell, Stabschef der Luftwaffe.)

„Hundert vietnamesische Leben sind nicht so viel wert wie ein einziges amerikanisches! Zur Hölle mit der Weltmeinung." (Kongreßabgeordneter Mendell Rivers, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses.)

Eisenhower meinte vor Jahren, 80 % der Bevölkerung unterstütze die Befreiungsfront. (Jetzt dürften es noch mehr sein.) Die Ausrottung der „Vietkong" ist deshalb fast identisch mit der Ausrottung des gesamten Volkes.

In bewährter Goebbels-Terminologie berichtet die westliche Presse ungeniert, „Vietkong-verseuchte" Gebiete seien „gesäubert" worden, als kämpfe die USA gegen Bakterien!

Was tun?

Unser Kampf gegen diesen Krieg muß mit allen Mitteln auf allen Ebenen geführt werden. Es ist unsere Pflicht, das vietnamesische Volk zu unterstützen.

„Die Nationale Front für die Befreiung Süd-Vietnams ist stets für den Zusammenschluß aller Bevölkerungsschichten, aller Klassen, aller Nationalitäten, aller politischen Parteien, aller Organisationen, aller Religionen, aller patriotisch gesinnten Persönlichkeiten, aller Menschen und aller patriotischen, fortschrittlichen Kräfte ohne Unterschied der politischen Richtung eingetreten." (Programm der NLF, August 1967.)

Das ist eine deutliche Absage an Fanatismus und Purismus, eine Absage auch an jene Gruppen in der BRD, die versuchen, die Vietnam-Bewegung zu extremisieren und zu polarisieren. Auch wir müssen eine breite Front schaffen, in der jeder willkommen ist, auch wenn er sich nur aus humanitären Gründen gegen diesen Krieg wendet, aber politisch nicht Stellung nehmen will.

Eine breite Front schafft man nicht durch Flugblätter, die sogar den intellektuellen Horizont ausgebildeter Juristen übersteigen (Berliner Aktion), US-Soldaten, die oft nicht einmal wissen, wo Vietnam liegt, überredet man nicht zur Desertation durch Handzettel voll feiner Ironie.

Wo anfangen?

Erstens, in jedem Ort und vor allem in die Nähe jedes Amerika-Hauses gehört ein Vietnam-Haus, ein Informationszimmer, eine Bude, ein Stand oder ein Schaukasten. Zweitens sollte man alles Material über deutsche Unterstützung des Krieges sammeln, ob von offizieller oder privater Seite. Die NLF glaubt, daß einige der in Vietnam eingesetzten Giftgase in der BRD hergestellt werden.

Bis dieser Krieg beendet ist, muß Vietnam die erste Priorität bleiben. Vietnam geht vor Hochschulreform! In Vietnam geht es nicht um Reformen, sondern um die Existenz.

Helga Bauer

Und es begab sich zu der Zeit ...

... daß Kaiser Ruhnau ein Gebot ausgehen ließ, daß ein Exempel statuiert werde. — Aber man muß die Geschichte von Anfang an erzählen: Er sah aus wie der Dritte der Heiligen Drei Könige, — der aus dem Morgenland. Pragmatischer als diese betete er nur ab und zu und widmete sich im übrigen der Kinderheilkunde; und als er Bilder von Kindern aus Vietnam sah, ging er hin und demonstrierte. Und als man ihn gewaltsam fortschleppte, weil ein Hauptbahnhof nicht zum sit-in, sondern zum Gehen, Würstchenessen und Reisen da sein soll, wehrte er sich kaum. Und als er dann auf der Polizeiwache als letzter zurückgeblieben war, sagte ein Beamter am Telefon: „Hier ist kein M e n s c h mehr, nur noch ein Neger."

Er wurde freigelassen, aber nach drei Tagen kamen sie wieder. Sie brachten ihn zum Flugplatz und unter Polizeischutz mußte Obi Ifeobu in seine Heimat Nigeria zurück. Eine Heimat, in der nach blutigen Massakern seit Jahren Unruhen herrschen, in der er als Stammesangehöriger der Ibo besonders gefährdet ist.

Und siehe, es geschahen Wunder: ein Rektor protestierte, Springer- und Nicht-Springer-Zeitungen fragten sich, wie liberal wohl ein Hamburger Innensenator sei.

Auch der mächtige Despot der Innenbehörde stellte sich offensichtlich diese Frage. Einige Wochen später ließ er durchblicken, Obi Ifeobu habe zwar ein gerichtliches Verfahren zu erwarten, dessen Ausgang ungewiß sei, die Möglichkeit bestände aber wohl, die Ausweisung zu befristen.

Ein eifriger Briefwechsel begann: ASIA, Rektor und Obis Rechtsanwalt beeilten sich, die Einreise zu bewerkstelligen. Ein Schriftsteller, der nicht genannt sein will, spendete 1500 DM für den Rückflug. — Und nun könnte die Geschichte happyenden mit den Worten: und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heut. Er aber, der anfangs verzweifelte Briefe schrieb, schwieg auf einmal, und alle Briefe kamen als unzustellbar zurück. Seine Freunde sorgten sich einst, er würde zuviel Semester verlieren, — jetzt sorgen sie sich um sein Leben. In der Freien und Hansestadt Hamburg wurde ein Exempel statuiert, ein Exempel, das die Initiatoren vor den Folgen ihres Handelns schaudern lassen müßte. Vermutlich aber werden sich die Verantwortlichen die Hände in Unschuld waschen und bedauern, sie hätten derartiges natürlich nicht voraussehen können (vielleicht kann man von einer Innenbehörde auch nicht erwarten, daß sie außenpolitische Zustände kennt). Und ihren Kindern werden sie nun bald einen schokoladenbraunen Weihnachtsmann schenken: „Friede auf Erden".

Juan Gutierrez

Wi(e)der die halbierte Kritik

Prof. Kobs Artikel zu Vorlesungsrezensionen im Kreuzfeuer des KU-Seminars: ‚Kritische Philosophie und studentisches Bewußtsein'

Prof. Kob hat sich aufgeschlossen gezeigt, als er mit seinem Bericht über Vorlesungskritik das Gespräch mit den Studenten über Hochschulfragen aufnahm.

Nicht seine Haltung, gleichwohl aber sein Standpunkt verdient Kritik.

— Kob setzt Vorlesungskritiken in einem selbstverständlichen Sinne Rezensionen gleich. Eine bloße Rezension aber trägt die Züge eines halbierten Dialogs, weil der Rezensent keineswegs den Anspruch stellt, das Werk des Rezensierten (Vorlesung oder Seminar) mitzubestimmen oder gar zu verändern. Selbst eine Antwort des Rezensierten kann er kaum erwarten.

Rezensionen zeichnen sich durch Unverbindlichkeit aus. Die Studenten haben jedoch in den Wochen eindeutig als ihren Zweck die Veränderung der Hochschule gesetzt, die Mitbestimmung und Ablehnung des bloßen Dialogs. Vorlesungskritiken verstehen sie als Mittel zum Zweck. Indem Kob jedoch bei seinem Verständnis von Rezensionen stehenbleibt, trifft sein Argument zu kurz; es verfehlt das Neue der Kritik und sorgt damit nur für die Verewigung bestehender Zustände.

— Kob ist gegen Anonymität. Der Autor einer Vorlesungs-„rezension" sei zur Offenheit verpflichtet; ihm sei kein „Fall" bekannt, in welchem Professoren auf eine solche Kritik mit Repressalien geantwortet hätten; überdies seien die Studenten eigentümlich „timid", die eine solche Kritik nicht wagten. Daraus ließe sich die Folgerung ziehen: Studenten sollten beim Psychoanalytiker ihre Kritikfreudigkeit wiedergewinnen. Genau das ist falsches Bewußtsein; denn das Problem ist nicht psychologischer, sondern vielmehr gesellschaftlicher Natur.

Wie schwer kann (oder muß?) es ein Professor dem Studenten machen, bis daraus ein „Fall", gar ein „feststellbarer Fall" wird? Professoren befinden über Stipendien, wählen sich ihre Doktoranden, suchen sich Assistenten, entscheiden über Berufungen und nehmen, nicht zuletzt, Prüfungen ab. Professoren sind bei Ausübung ihrer Macht meist an keine Regeln, geschweige denn an kontrollierbare, gebunden, so können sie Repressalien einsetzen, ohne daß daraus ein Fall entstehen muß. Der normale Lauf der Dinge wird nicht gestört, Gesetze werden nicht verletzt. Es ereignet sich nichts Ungehöriges. Dennoch findet sich der Student malträtiert. Dabei braucht der Ordinarius gar nicht zu merken, daß er überhaupt Repression ausübt. Nichts in seiner Handlung erhebt gegen ihn Anklage; er hat sich korrekt verhalten und darf auf sein gutes Gewissen stolz sein.

— In einem Punkt allerdings hat Kob recht: Studenten, sofern sie examens- oder berufsorientiert sind, pflegen in der Regel auch „timid" zu sein; sie haben nicht nur Angst, sondern: Über-Angst; ihr Verhalten ist von Überanpassung geprägt. Dieses aber verleiht der Repression gerade die Wirksamkeit. Sie trifft immer nur einzelne Studenten, muß jedoch auf die Gesamtheit jener einwirken, um die Macht ungebrochen aufrechtzuerhalten. Repression wirkt durch Abschreckung.

Die Antwort der Studenten auf diese Macht der Ordinarien ist Anonymität. Nur dann ist der einzelne Student innerhalb der Gesamtheit nicht auszumachen, wenn er seine gezielte Kritik anonym vorbringt. Die abschreckende Repressalie kann nicht oder nur als offenbare Willkür treffen. Das allein ist der Sinn der Anonymität. Er ergibt sich zwingend aus der Analyse der gegenwärtigen Realität deutscher Hochschulen. Da Kob aber statt dessen das Postulat der „Offenheit" absolut setzt, macht er aus der Anonymität einen Fetisch: er verdammt sie, ohne weiter zu differenzieren. Damit verwechselt er Anwendung mit Mißbrauch. Mißbraucht kann sie werden, um aus dem Hinterhalt einen Dozenten zu diffamieren. Um diesen Mißbrauch jedoch zu vermeiden, brauchte Anonymität selbst nicht aufgehoben zu werden.

Die isolierte Betrachtung der Anonymität ist aber ebenso falsch wie tendenziös. Tendenziös, weil ihr gegenüber auf seiten der Ordinarien die Geheimhaltung von Gutachten und Empfehlungen steht. Der Geheimhaltung der Personen steht die Geheimhaltung der Sache entgegen. Welche von beiden ist bedenklicher? Läßt die eine Verteidigung zu, so schließt die andere sie von vornherein aus. Die Art von Anonymität, die in der Hand der individuell Mächtigeren ist, dürfte die größeren Bedenken gegen sich haben.

Eigentlich waren diese Spalten für Professor Wenke reserviert, von dem wir eine Antwort auf Reinhold Oberlerchers Artikel erwarteten. Wir bedauern es sehr, daß er sich jeder Diskussion verschließt. Nach den Ereignissen der letzten Wochen lag es nahe, ersatzweise Reinhold Oberlercher nochmal zu Wort kommen zu lassen.

Ein letztes Wort von O.

Eigentlich wollte O. an dieser Universität kein Wort mehr sagen. Aber dafür hat O. wohl schon zuviel gesagt. O. hat, scheint es, ein Tabu gebrochen; O. hat nicht, wie andere, seine Unlust ertragen; O. hat sie deutlich zu verstehen gegeben; O. hat nicht damit gewartet, bis er sein Examen in der Tasche hatte. O. hat sich damit nicht herausstellen wollen; er hat einfach nur etwas Veränderungswürdiges verändern wollen; O. versteht immer noch nicht, warum so viele mit allen ihren Kräften an dem unveränderten Veränderungswürdigen festhalten, warum Professoren sagen, sie wollten sich nicht auf das gleiche Niveau begeben und es dann doch tun, warum sich die Professoren so sperren und sich mit so großer Eilfertigkeit solidarisieren, wo ihnen doch ihre subjektive Wahrhaftigkeit gar nicht streitig gemacht wird. O. hatte gehofft, daß seine Kommilitonen ihn besser verstehen würden, daß die Professoren ihn besser verstehen würden, denn eigentlich hatte er geglaubt, daß sie mehr Übersicht hätten als er, dafür sind sie schließlich Professoren. O. wird, da er nun schon einmal zuviel gesagt hat, auch weiterhin zuviel sagen, denn er hat herausgefunden, daß man damit jene zum Reden bringen kann, die immer zu wenig sagen.

„Der FU-‚Spiegel'-Redaktion wird anbei ein von Ihnen als ‚Arbeit' bezeichnetes Manuskript zurückgesandt, das angeblich von ‚Studenten' meines Seminars ‚angefertigt' wurde. Ich möchte nichts hinzufügen, zumal ich mich selbstverständlich nicht auf das beim FU-Spiegel übliche Niveau begeben kann.

Das ebenso arrogante wie wissenschaftlich ahnungslose Produkt Ihres anonymen Schmierfinken richtet sich selbst. Auch vor der überwiegenden Mehrheit meiner Studenten. Doch daß die Redaktion des FU-Spiegels die erschreckende Gewissenlosigkeit besitzt, wegen der dummen Eitelkeit eines feigen Anonymus andere Studenten der geradezu beleidigenden Verdachtsgefahr auszusetzen, womöglich Urheber dieser ‚Expertise' zu sein, stelle ich mit Abscheu fest. gez. Kaiser."

Antwort Prof. Kaisers auf eine Rezension seiner Anglistik-Hauptvorlesung, die im FU-Spiegel 51, Berlin, Mai 1966, erschienen ist.

Prof. Tausch

Sogenannte Vorlesungs- und Seminarrezensionen

Nach dem Beitrag zu Vorlesungs- und Seminarrezensionen im auditorium 49 von Professor Kob, auf die in diesem Heft von studentischer Seite eingegangen wird, drucken wir zu diesem Thema einen Artikel von Professor Tausch, Ordinarius für Psychologie an der Universität Hamburg.

Soweit ich sehe, steht hinter dem Vorschlag von sogenannten Vorlesungs- und Seminarrezensionen das Bemühen, die Effektivität dieser Hochschulveranstaltungen zu steigern. Ich halte dieses Bemühen für sinnvoll und berechtigt, einmal weil die Universität immer größere Zahlen von Studenten mit einem zunehmenden Ausmaß an Wissen und Methoden intensiv bekanntmachen muß, und zum anderen, weil zumindest ein großer Teil der Professoren und Dozenten notwendigerweise überwiegend auf Grund ihrer Qualifikation als wissenschaftliche Forscher ausgewählt werden muß.

Ich bin überzeugt, daß sich die erwünschte Verbesserung der Effektivität von Vorlesungen und Seminaren in Zusammenarbeit mit den Studenten erreichen läßt. Die Veröffentlichungen von Vorlesungs- und Seminarrezensionen halte ich allerdings nicht für das geeignete Mittel, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Kritiken werden häufig von einigen wenigen verfaßt, basieren naturgemäß auf einem recht subjektiven Eindruck und sind als ein wenig demokratisches Urteil anzusehen. Für den einzelnen Rezensenten ist es fast unmöglich, angemessene Aussagen zu machen, wie die Mehrheit der Studenten die Vorlesung oder das Seminar in präziser Weise erfährt.

2. Eine sogenannte Vorlesungs-Seminar-Kritik muß neben den didaktischen Gesichtspunkten notwendigerweise auch die wissenschaftlich fachlichen Aspekte mit einschließen. Dies setzt jedoch im allgemeinen den Nachweis der wissenschaftlichen Qualifikation des Rezensenten in dem betreffenden Fach voraus.

3. Die Veröffentlichung von Vorlesungs- und Seminar-Kritiken etwa an Aushangbrettern halte ich für eine wenig faire Form zwischen zwei zusammenarbeitenden, sich gegenseitig achtenden Partnern. So würde auch in Sportvereinigungen beispielsweise eine schriftliche, an einem Schwarzen Brett veröffentlichte Kritik der Mannschaft an den Mannschaftsführer oder an einem Trainer als grobe Unfairneß angesehen werden. Ebenso unfair wäre es, würde zum Beispiel ein Dozent Kritik an den Leistungen von Studenten in einer über das Seminar hinausgehenden Form geben.

Ein mehr persönlicher Aspekt: Kritisierende Urteile halte ich persönlich generell für wenig effektiv und psychologisch sinnvoll, so zwischen Partnern in der Ehe, im Familienleben und in der Kindererziehung, in der Schulunterrichtung und im Hochschulleben. Ich wünschte, daß

Fortsetzung Seite 10

NEWS & CURIOSA

Der ordentliche Professor Dr. Hans Wenke ist von der Ruhr-Universität Bochum zum Honorarprofessor ernannt worden.

*

In den ‚Mitteilungen des Rektors der Universität Hamburg' vom November 1967 ist unter der Rubrik „VI. Studentische Angelegenheiten" zu lesen: — — — — — —

*

Steckt der Teufel mit Springer unter einer Decke? Anfang Dezember konnte man in Springers BZ (Berlin), Fritz Teufel, inzwischen ‚haftverschont', BZ-lesend bestaunen: Unterschrift, Teufel studiere „alle erreichbaren" Blätter eifrig. Und Berlin-BILD pries Teufel als „eine(n) der vielen Millionen BILD-Leser". Ob Teufel trotz mutmaßlichem Springer-Werbehonorar noch Armenrecht beanspruchen kann?

*

Apropos Werbung: Was dem Teufel recht ist, ist Minister Schiller billig. (Preisfrage: Wer bekam mehr?) In der ‚Welt' vom 18. 11. 67 setzt er seine Popularität Springer-werbe-wirksam ein. Die ‚Welt' ist ihm „griffig", erklärte er. Welch packende Persönlichkeit.

*

In München testeten Studenten Behörden, Presse und Bürger. Mit Parolen gegen das „kommunistische Vietnam", „für christliche Freiheit und das christliche Abendland" waren zwei Studenten auf die Straße gezogen. Sie sammelten „aus Sympathie mit Johnson". Die Testsammlung ergab: die Behörden verhielten sich wohlwollend, die ‚Welt' reagierte mit der Nachricht, demnächst werde sich ein neuer Hochschulbund organisieren, der den Krieg der Amerikaner in Vietnam ‚bedingungslos' unterstütze; Indiz für die Reaktion der Bevölkerung: In sieben Stunden sammelten die zwei Studenten auf verkehrsreichen Plätzen 18,09 DM für Johnsons Krieg in Vietnam!

NEWS & CURIOSA

Hochschuldozenten und Studenten ein angemessenes Modell dafür wären, wie man sich in angemessener Form bei gewissen Fehlern oder unzureichenden Leistungen des Partners verhält. In den meisten Fällen sind kritisierende Urteile eher destruktiv und kein angemessenes Modell des Verhaltens, etwa für das Verhalten zukünftiger Lehrer.

Folgende Möglichkeiten des Vorgehens halte ich persönlich hinsichtlich der Verbesserung von Unterrichtsveranstaltungen als auch hinsichtlich der Verbesserung eines fairen, sozial-integrierten Zusammenlebens für angemessen:

1. In der Mitte jeden Semesters kann der Dozent jeden Teilnehmer der Vorlesung bzw. des Seminars auf einen Zettel schreiben lassen, 1. was er über diese Unterrichtsveranstaltungen denkt, 2. was für ihn in dieser Unterrichtsveranstaltung hilfreich war, 3. was in dieser Unterrichtsveranstaltung in welcher Form verbessert werden könnte. — Derartige Stellungnahmen, die nicht notwendig mit dem Namen der jeweiligen Studenten gekennzeichnet zu sein brauchen, sind ein faires, effektives Feed-back für den jeweiligen Dozenten.

2. In jeder Vorlesung oder Seminar-Stunde kann der Dozent 1–2mal etwa jeweils fünf Minuten die Teilnehmer zu Fragen, Einwänden usw. auffordern. Dies ist auch bei Veranstaltungen in großen Hörsälen mit mehreren hundert Studenten möglich.

3. Die Studenten können aufgefordert werden, sich auch **während** der Vorlesung bei zu schwer verständlichen Äußerungen des Dozenten zu melden.

4. Am Beginn der Vorlesung kann der Dozent auf einem Diapositiv oder auf hektographierten Bogen die Inhalte der Vorlesung bzw. des Seminars bekanntgeben. Die Studenten können hierzu Änderungswünsche äußern.

Diese konstruktiven Möglichkeiten scheinen mir persönlich geeignet, die Effektivität von Vorlesungen und Seminaren wirksam zu erhöhen. Demokratisch gewonnene Stellungnahmen geben dem Dozenten ein Feed-back von der Mehrzahl der Hörer; es handelt sich dabei um Formen fairen Verhaltens, die auch als Modelle des Verhaltens für zukünftige Lehrer, Psychologen, Soziologen usw. dienen können. Die Maßnahmen führen ferner zur Stärkung der Initiative des Einzelnen, seine Hemmungen zu überwinden und seine Auffassungen dem Dozenten gegenüber zu äußern.

Meine eigenen langjährigen Erfahrungen mit diesen Möglichkeiten: Ich habe jeweils ein einigermaßen realistisches Bild von den Erfahrungen der Teilnehmer meiner Vorlesungen und Unterrichtsveranstaltungen erhalten. Hierdurch und namentlich durch zahlreiche persönliche Verbesserungsanregungen und Mitteilungen von Studierenden und meinen Mitarbeitern habe ich mich mehr meinem Ziel, der Gemeinschaft von wissenschaftlich Arbeitenden, annähern können.

> Vorlesungs- und Seminarrezensionen als Hochschulkritik, als Form des direkten Protestes, ja als Element studentischer Emanzipationspolitik zu begreifen, wäre, so meinen wir, Aufgabe einer Diskussion solcher Fragen. Leider verschließt sich die Mehrzahl der Ordinarien weiterhin der Einsicht, daß Rezensionen von Lehrveranstaltungen vor dem Hintergrund des bundesrepublikanischen Hochschulsystems nicht den Sinn folgenloser Kritik haben können. Es existiert deshalb auch nicht jenes integrativ-liberale Klima, in welchem Rezensionen als Instrumente zur Rationalisierung des Ausbildungsbetriebs gedeihen. Es gilt endlich einzusehen, daß hier fast jede Kritik an Aspekten der Hochschulstruktur einen grundsätzlich oppositionellen Charakter annehmen muß. Studenten, die sich eingehender über dieses Thema informieren wollen, sei empfohlen: Stephan Leibfried, Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule; soeben erschienen im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln. Das Kapitel „Hochschulkritik als Emanzipation: Vom Konsumenten zum Rezensenten" stellt das Problem ausführlich da. -mer

Stephan Leibfried

Notizen

Neuestes Kind der Bemühungen, der „Studentenexplosion" — man vermerke das naturwüchsige Verständnis der Situation — Herr zu werden, ist der Dahrendorf-Plan, oder länger: Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg, Empfehlungen zur Reform der Struktur und Organisation der wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunsthochschulen, Bericht des Arbeitskreises Hochschulgesamtplan beim Kultusministerium Baden-Württemberg, Juli 1967 (1). Ralf Dahrendorf war Vorsitzender dieses Arbeitskreises.

„Die Gesamtzahl der Studenten 1966 lieg . . . mit rund 256 000 erheblich über der Ausbildungskapazität von rund 190 000. Für die Überhöhung der Gesamtzahlen der Studenten 1966 sind die Gründe verantwortlich, die die Neuordnung des Studiums notwendig machen" — so der Wissenschaftsrat in seinen neuesten Empfehlungen. Dahrendorf löst das Problem auf bekannte Weise, nur in neuer ‚Verkleidung': er komprimiert das Studium für ca. 85 Prozent der Studierenden auf drei Jahre durch Einführung eines „Kurzstudiums mit berufspraktischer Ausrichtung"; die herkömmliche Art des Studiums bleibt als „Langstudium" mit „stärker theoretischem Charakter als das Kurzstudium" (S. 48) erhalten. Motto: wäre der Hochschulgesamtplan schon 1959 realisiert worden, gäbe es heute 20 Prozent weniger Studenten, aber 30 Prozent mehr Hochschulabsolventen pro Jahr. Der weiße Riese — man nehme das ruhig wörtlich — dieses Modells: „rascherer Umschlag in differenzierten Studiengängen im Sinne dieses Plans . . ." (S. 67), „rascherer Umschlag durch Kurzstudiengänge" (S. 106), kurzum: „Abbau des Studentenberges" (S. 122). Ergebnis: bei weniger In-put an Investitionen mehr Out-put an Diplomier-

zur Elfenbeinfabrik

Der Dahrendorf-Plan – Ein erweitertes Modell der Kompression

Der folgende Artikel von Stephan Leibfried, stud. jur. im siebten Semester an der FU-Berlin ist einem Manuskript entnommen, das im Frühjahr unter dem Titel „Angepaßte Universität" im Suhrkamp Verlag erscheint. Wir danken dem Verfasser für die freundliche Genehmigung, im auditorium einen auszugsweisen Vorabdruck bringen zu können.

ten bzw. Bakkalaureaten. Presseberichte: Bildung für eine dynamisch, wahrhaft umwälzend (Die Welt), bildungspolitische Avantgarde (Süddeutsche Zeitung).

Im Hochschulgesamtplan hat Dahrendorf ein Hochschulmodell vorgeschlagen, das die in den Wissenschaftsratsempfehlungen enthaltenen Ansätze [illegible] nung dem Inf[illegible] ktive Ausgaben [illegible] vertikale Spaltung der Studiengänge in Lang- und Kurzstudium eine Reduktion der Ausbildungsdauer zu erreichen, die die vom Wissenschaftsrat bislang intendierte noch um einiges überträfe. Das Langstudium, orientiert am Modell des gegenwärtigen Studiums, aber nach Wissenschaftsrat reformiert (Zwischenprüfung, kleine Gruppen [illegible]), soll im Schnitt 8–10 Semester dauern; das Kurzstudium hingegen ist als berufspraktisch orientierte Ausbildung gedacht, die in 6 Semestern (3 Jahren) absolviert werden muß. Durch das Kurzstudium erreicht Dahrendorf eine noch schnellere „Durchlaufgeschwindigkeit" als sie mit der Neuordnung des Stu[illegible] schon im Ansatz sich [illegible] tives Interesse zu [illegible] der [illegible] rat bedacht, daß „die Studienabschnitte und ihre formalen Abschlüsse verschiedenen Stellenwert je nach der logischen Struktur der Wissenschaft und den entsprechenden Methoden der Lehre, je nach den spezifischen Verhältnissen eines Faches zur Berufspraxis und den entsprechenden Formen der praktischen Vorbereitung auf den Beruf (haben)" (2). Es geht nicht darum, der Struktur der [illegible] Studiengänge anzubieten oder gar ein subjektives Interesse an Emanzipation, Herrschafts- und Kontrollwissen zu berücksichtigen, das dazu dienen könnte, den undurchdringlichen Gesamtzusammenhang wieder in Wissen und Gewissen der Bürger festzumachen, sondern es geht nur darum, gleichsam quer zu Wissenschaft und Emanzipation, adäquate in-put out-put Korrelationen herzustellen.

„Was zunächst die Gesamtverteilung der Studentenschaft angeht, so ist nach diesem Modell vorgesehen, daß ein erheblicher Teil aller Studenten zu jedem gegebenen Zeitpunkt (rund 40 %) in den Kurzstudienbereichen studiert und die Mehrzahl aller Absolventen der Hochschulen (ca. 55 %) den Abschluß K (= Kurzstudienabschluß, d. V.) erwirbt. Das heißt, daß quantitativ der Kurzstudienbereich zumindest unter dem Aspekt der Studienabschlüsse im Vordergrund dieses Hoch-[illegible] kommenden Jahrzehnt heißt es dann. Jedoch würde der Hochschulgesamtplan eine Reduktion dieser Entwicklung um rund 90 % ermöglichen bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz gemessen an der Zahl der Abschlüsse (Erhöhung um 12 %) [illegible] — im Gegen[illegible] — fast jegliche [illegible] logische Verbrämung abgestreift.

Dahrendorfs Plan hat noch eine zweite Komponente, sie macht erst den Begriff der „differenzierten Gesamthochsch[illegible] also u. a. die wissenschaftlichen Hochschulen, die Pädagogischen Hochschulen usf. in einer Ins[illegible] -kanische Praxis und das darauf aufruhende „Multiversity"-Rezept Clark Kerrs Pate gestanden haben. Kerr, ehemals Präsident der University of California und nunmehr mit Forschung auf dem Gebiet der Higher Education befaßt, hat dieses Konzept in The Uses of the University. The Godkins Lectures at Harvard University 1963, entwickelt. Dahrendorf rezipiert dieses Modell, wenn auch uneingestandenerweise — zumindest unzitierterweise. Die Differenz zu den USA und dem Wissenschaftsrat liegt bei Dahrendorf darin, daß er nicht horizontal in undergraduate / graduate studies oder Grund- / Aufbaustudium, sondern vertikal in Lang- / Kurzstudium mit einem dem Langstudium nachgeschalteten Aufbaustudium für eine Minderheit unterteilt. Aber auch hier wäre man in den Vereinigten Staaten in der Praxis schon weiter, als in Baden-Württemberg in der Theorie: unter der Hand wird dort eine Bildung zu herabgesetzten Preisen im junior college schon in zwei Jahren verwirklicht.

Das, was bei der Behandlung der Wissenschaftsratsempfehlungen über das Verhältnis von borniertem Techniker und aufgeklärten Technokraten in einer horizontalen Einteilung von Studium/Aufbaustudium gesagt wurde, gilt bei Dahrendorf schon mit Beginn des Studiums durch die Aufspaltung zwischen theoretisch und praktisch orientiertem Studium. Es ist zwar zuzugeben, daß auf der subjektiven Seite dieses Plans — beim Urheber Dahrendorf — der Gedanke mitschwingt, berufspraktische Ausbildungsgänge für aufgeklärte Praktiker zu schaffen. Nur werden langfristige geschichtliche Tendenzen dieses Systems, wie die der Etab[illegible] einer Schicht [illegible] Arbeitskräfte einerseits und technokratischer Elite andererseits, die die Synthese des Systems stellvertretend für alle leisten, nicht durchs abstrakt moralische Wollen und eine gesundbeterische Intention abgewandt. Dieser Plan mag von seinem Urheber mit liberalen Hoffnungen in die Welt gesetzt sein, seine objektive Funktion ist aber an anderen Maßstäben zu messen. Ein Soziologe sollte in der Lage sein, die Differenz von [illegible] Funktion zu erkennen und demgemäß nicht Pläne ausfertigen, die einer geschichtlichen Tendenz Vorschub leisten, an der gemessen die eigene subjektive Verklärung zur Ideologie gerinnt.

Mit der Einteilung in „stärker theoretisch" (S. 48) orientiertes Langstudium und ein Kurzstudium „mit starkem Bezug auf die Anforderungen der Praxis" (S. 93), das in einem dreijährigen Leistungswettlauf abgewickelt wird, präjudiziert Dahrendorf aber noch eine schichtspezifische Selektion, über die der Hochschulgesamtplan klare Auskunft gibt: Es steht nämlich zu erwarten, daß das Kurzstudium hauptsächlich für die Schichten attraktiv wird, die von der Universitätsausbildung nicht mehr erfaßt werden: die bis[illegible] „bildungsfernen" unteren Schichten. „Die Voraussetzungen einer erheblichen Expansion der Bewerberzahlen für Hochschulen impliziert auch, daß Gruppen, die bisher der Hochschule relativ fern standen, in größerem Umfange die Hochschulreife erwerben. Es ist nicht auszuschließen, daß im Verlauf dieses Prozesses der Anteil der Bewerber für Kurzstudiengänge überproportional anwachsen wird" (S. 103). Im Plan ist also antizipiert, was Dahrendorf in einer Diskussion bei den Bergedorfer Gesprächen am 24. Juli 1967 in Hamburg strikt leugnete: im Hochschulbereich entsteht eine spezifische Institution für Studenten unterprivilegierter Schichten. Was dann bei Dahrendorf unter expansiver Bildungspolitik, dynamischer Hochschulpolitik firmiert, nämlich „das Hochschulsystem durch Umwandlung für die wachsende Zahl derer (zu) öffnen, die mit dem Wunsch nach weiterer Ausbildung an ihre Türen (die der Hochschulen d. V.) klopfen", erweist sich als die Fiktion ei-

Fortsetzung Seite 17

Utopie gefragt

Glossen zur Diskussion vom 24. 11. 67 im Audimax

Holger Jens Riemer

[illegible]

Es genügt nicht, [illegible] diese Antwort [illegible] an die Stelle des [illegible]

Daß ein für die bestehende, geltende Sozialordnung bewußt oder unbewußt operierender Re[illegible] einen dem Umfang nach so umfassenden [illegible]

Utopieentw[illegible] [illegible] und n[illegible]

[illegible]

Immer wieder wird der kritischen Linken, vornehmlich dann, wenn ihre Aktivität die Öffentlichkeit beunruhigt, die Frage nach dem ‚Positiven', sei heißen: die Frage nach dem angestrebten Ziel in konkreter gesellschaftlicher und politischer Ausgestaltung vorgelegt. Man dringt darauf daß es nicht bei negativen Bestimmungen bleibt – die an sich schon eine grundsätzlich oppositionelle Haltung ausreichend legitimieren –, sondern vielmehr daß die heute noch ‚utopische' Möglichkeit einer emanzipierten Gesellschaft ähnlich einem Bilde ‚ausgepinselt' werden müsse.

Diese gewiß naive und von geringem historischen Sinn zeugende meist nicht ohne frohlockenden polemischen Unterton aufgeworfene Frage nach dem Positiven ist es wohl wert, einmal näher betrachtet zu werden. Dabei soll die Reflexion weniger gerichtet sein auf das Bewußtsein das diese Frage impliziert und voraussetzt: ein Bewußtsein nämlich, das Unvermögen bloßstellen oder aber eine Antwort desavouieren will, die so der schlichten Schilderung von sozialen und institutionellen Einzelheiten stehenbleibt, – um damit den ‚a kritischen' Impuls des Gedankens schon im Ansatz zu verwerfen.

Eine solche ‚positive' Antwort wäre nur dann sinnvoll, wenn die sozialen Bedingungen, mit denen die Utopie beschrieben werden soll, den Naturbedingungen glichen, mit denen es die Physik zu tun hat. Ähnlich wie in der Protophysik „nämlich einer nicht-hypothetischen Lehre von Raum, Zeit und Masse" könnten dann in einer Protosoziologie bedingte Prognosen erstellt werden, die aus sozialtechnologischen Modellen herzuleiten wären. Daß dies nur sozialtechnologisch möglich ist, liegt auf der Hand. Objekte im sozialen Bereich aber – im Gegensatz zu den physikalischen – sind immer schon [illegible]schaftlich vermittelt. „Erst auf dem Wege dieser Interpretation werden kommunikative Erfahrungen in Daten umgesetzt." (J. Habermas)

Wenn wir also Utopie im sozialen Raum beschreiben wollen, müssen wir diese Utopie mit den Begriffen und sprachlichen Inhalten ausmalen, die aufs engste der heutigen – als repressiv erfahrenen – Gesellschaft zugehören; um also die emanzipierte Gesellschaft zu beschreiben, müssen wir Interpretationsformeln benutzen, die historisch der prä-emanzipativen Sphäre verhaftet sind. Was könnten wir folglich mehr tun als eine zukünftige gesellschaftliche Situation der Menschheit ausmalen und beschreiben in Details be[illegible] und politischer Organisationsformen?

Doch wäre damit noch nichts ausgesagt über die Qualität von Freiheit und menschlichem Glück, auf die allein es ankommt und die einzig dann sprachlich faßbar würden, wenn die ‚utopische' Struktur verwirklicht wäre.

Will also die Beschreibung zukünftigen Lebens nicht hypothetisches Konstrukt bleiben, unverbindlich wie ein Sandka[illegible] [illegible] Opposition [illegible] zeugen zu können – den unentwegten Rückbezug auf die gegenwärtige Gesellschaft suchen, auf das [illegible] Tauschverhält[illegible] [illegible] ein verbindliches Modell der emanzipa[illegible] können wir noch gar nicht zur Hand haben, ehe nicht der Zirkel von Gesellschaft und ihrer Interpretation, die sich immer gegenseitig reproduzieren, durchbrochen ist. (Das kann aber leisten die organisierte Ver[illegible] die die Reproduktion stoppt und so gesellschaftliche Beziehungen zu neuer Erfahrung freisetzt.) Folgerichtig kann nur die bestimmte Negation die Möglichkeit schaffen, jene Utopie zu verwirklichen. In [illegible] möchte es [illegible]

1. das aufgeklärte Bewußtsein über seinen Ort in der gegenwärtigen Gesell[illegible]

2. damit der Mensch in der Lage ist, [illegible]

3. damit er seine Rationalität nicht mehr [illegible] braucht,

4. und damit endlich die Bedingungen für das wichtigste Postulat: Humanität zu schaffen.

Gleichzeitig gilt es, Konflikte öffentlich und rational auszutragen, denn dann wäre der Manipulation der Boden entzogen.

Möge sich jeder, der eine konkret ausgemalte Utopie verlangt, die Problematik der Geschichtswissenschaft vor Augen halten. Woher sollten wir die Unbekümmertheit nehmen, Zukunft mit [illegible] doch sind, mit Begriffen zu deuten, die damals wie heute im Gebrauch sind, sprachliche Inhalte wandeln sich mit den Verhältnissen.

Joachim Radkau

Ploetzblitz – ist das Geschichte?

Idyllen deutscher Reaktion blühen nicht nur an den bekannten Stellen. Viel schönere Blüten findet man unverhofft: da ist ein Monumentalwerk, von prominenten Historikern als Markenware garantiert, das sich dick, unschuldig und unangreifbar inmitten der Flut historischer Literatur erhebt.

Er, Ploetz der Große, kann sich stets hinter dem leidigen Zwang zur Unvollständigkeit und Simplifizierung verschanzen. Man muß ja froh sein, daß man ihn hat.

Falls jemand glauben sollte, der Ploetz biete die Geschichte in solch konzentrierter Form, daß man mit seinen über 1800 Seiten nie fertig wird: keine Sorge! Der Ploetz wählt von den möglichen Ausdrucksweisen nicht immer die kürzeste. Da 'läutet' noch (S. 448) 'das Ende der Kreuzzüge den Anbruch eines neuen Zeitalters ein' (bim bim-bim) — und erst Pearl Harbor (S. 1197) der japanische Luftüberfall, „wirkt in den Vereinigten Staaten wie ein [illegible] Schlag, aber nicht lähmend, sondern das ganze amerikanische Volk schlagartig zu unerhörter Aktivität elektrisierend". Dafür zeigt sich der Ploetz in hohem Maße jener weisen Erkenntnis bewußt, daß die Kunst im Weglassen besteht.

Kurt Schumacher wird überhaupt nicht erwähnt. Schließlich interessieren den Historiker ja die Regierungen und nicht die anderen, Parteien, Opposition und was es da alles seit dem 19. Jahrhundert noch gibt. Der Ploetz bringt auch nicht das sowjetische Wiedervereinigungsangebot vom 10. März 1952. Wenn es Adenauer nicht interessierte, hat es auch uns nicht zu interessieren!

Der Leser, der bis hierhin gefolgt ist, wird versucht sein, die Gretchenfrage zu stellen, wovon Ploetz' der Unschuldsengel eigentlich so dick ist. Welche Frage: Der Donnerhall der Kriege und Schlachten ist's, der so bläht! Die beiden Weltkriege werden liebevoll bis in die kleinsten Details verfolgt; kein Lehrer soll wütend die Faust auf den Stammtisch donnern, weil er seine eigene Schlacht nicht wiederfindet. Die Kommandoverhältnisse bei der Fliegeraktion, die Mussolini aus seiner Haft auf dem Gran Sasso entführte, werden geklärt: Skorzeny unterstand General Student. Ordnung muß sein. Bewundernswert die noble Dezenz, mit der Ploetz schwierige Situationen zu meistern weiß. Auf der Wannsee-Konferenz (Jan. 1942), auf der die endgültige Ausrottung der Juden beschlossen wird, bestimmt man laut Ploetz nur die Aussiedlung der Juden in den Osten „und andere Maßnahmen". (S. 1221) Auch kommt es z. B. vor, daß die Juden des Warschauer Gettos sich Himmlers Räumungsbefehl widersetzten; die Räumung wird [illegible] das [illegible] Juden [illegible] (S. 29?) [illegible] Stadt [illegible] welch olympische [illegible] welch göttlicher Humor blinzelt in dieser urbanen Schnoddrigkeit!

Nach so vielen Ploetz-Zitaten bleibt einem nur noch das Goetz-Zitat. Deutsche Geschichte ohne Schumacher, aber mit Otto Skorzeny — so sieht die Kodifikation des gymnasialen Geschichtsbildes aus.

Und das ist das Ziel des Studienrat Wendt's zuletzt ans ernste und massive Pauken geht, wenn die Verpuppung einsetzt, der dann der Schulmeister entschlüpft, wenn der Studiosus vor Examensangst die Brüste der Alma Mater mit den Hintern der Professoren verwechselt: da wird dann der Ploetz-Klotz zum sicheren Fels, darauf das Examen gebaut ist.

So oft wird moniert, daß der Geschichtsunterricht in der Schule nicht über Bismarck hinauskommt. Leute, lest den Ploetz und seid froh darüber!

HINTS FOR DISCUSSION

Einen theoretischen Beitrag zur Diskussion um die 'Entwicklungsmöglichkeiten der Demokratie' und die des 'demokratischen Bewußtseins' geben J. Agnoli / P. Brückner „Transformation der Demokratie", Voltaire Verlag.

*

Die 'alternative', Zeitschrift für Literatur und Diskussion, hat in ihrer Doppelnummer 56/57 den von der herrschenden Literaturwissenschaft weitgehend unbeachtet gelassenen Theoretiker Walter Benjamin zum Gegenstand. Das Heft liefert Beiträge zu einer kritischen Revision des Benjamin-Bildes.

*

Das 1953 erschienene, zweibändige Werk „Sozialgeschichte der Kunst und Literatur" von Arnold Hauser, Professor an der London University, ist in einer ungekürzten einbändigen Sonderausgabe, zum Preise von 24,— DM vom Verlag C. H. Beck neu herausgegeben worden. Hausers Werk gilt als verbindliches Zeugnis einer Darstellung, die innerästhetische und gesellschaftliche Probleme wechselseitig auseinander entwickelt.

*

„Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich" ist der Titel eines Buches von Hans Peter Bleuel und Ernst Klinnert, erschienen im Sigbert Mohn Verlag. Es informiert über „Ideologien — Programme — Aktionen, 1918—1935" der Studentenschaft jener Zeit, die in einem ungebrochenen Verhältnis zu Wissenschaft ebenso wie zur Tradition der Hochschulen stand. Es legt damit Implikationen offen, die mitbestimmend waren für die fast völlige Integration in den deutschen Faschismus.

*

SPARTACUS 1, Zeitschrift für acbare Literatur, stellt sich vor mit dem Thema deutschland-w. Autoren u. a. Max von der Grün, G. Kunert, Peter P. Zahl.

Hartmut Lange, junger Dramatiker in Berlin und früherer DDR-Bürger, hielt die folgende Rede am Sonntag, dem 3. Dezember, in der Berliner Akademie der Künste, zur Einleitung einer Diskussion über sein Theaterstück „Stalin als Herakles". Die Springer-„Welt" kommentierte: „Das Gastland läßt ihn (Lange) eine Freiheit genießen, die er zu seiner Narrenfreiheit macht ... In seinem Herkunftsland hätte die provokante Pöbelhaftigkeit, die er in der Akademie der Künste verspritzte, vollauf genügt, ihn nachhaltig zum Schweigen zu bringen."

Wir bringen einen Auszug aus seiner Rede.

Hartmut Lange

Brauchen wir eine Kulturrevolution?

Vom Einfluß der Politik auf die Kunst

Meine Damen und Herren. Bevor wir über dramatische Kunst reden, sollten wir über einen Bereich reden, der allen Künsten, auch der dramatischen Kunst, vorangeht, nämlich über das wirkliche gesellschaftliche Leben. Es ist mir ein Bedürfnis, meine Damen und Herren, Ihnen, die Sie in einer gutdekorierten und gutgeheizten Akademie Platz genommen haben, um einen Dramatiker über Dramen reden zu hören, mitzuteilen, daß die Kunst, allen voran die dramatische, die unwichtigste und lächerlichste Sache der Welt ist, solange die Welt Reis, Waffen und eine revolutionäre Theorie braucht, um sich gegen die blutige Repression der Vereinigten Staaten von Amerika zur Wehr zu setzen, daß auf alle Kunst notfalls zu pfeifen ist, wenn man mit dem Knüppel und dem Revolver der Polizei mehr ausrichten kann als z. B. mit einem Konzert der Berliner Philharmoniker.

Die Produktion von Kunst und das Konsumieren von Kunst kann nur geschehen unter gewissen Bedingungen, sonst wird Kunst überhaupt zur Perversion. Das heißt, wer ein Sonett verschlingt und nebenan wird geknüppelt oder wer hinter die Mühen eines Dramenschreibers kommen will und nebenan wird wieder geknüppelt und er nimmt keine Notiz davon, der ist nicht wert, daß ihm auch nur eine Zeile Literatur unter die Augen kommt. Ich will damit sagen, wir sollten es nicht unterlassen, in einer Veranstaltung der Berliner Akademie der Schönen Künste auch über jene politischen Vorkommnisse zu sprechen, die die Existenzberechtigung einer Akademie der Schönen Künste überhaupt in Frage stellen.

Theaterkunst enthält wie alle Kunst die schwierige Aufgabe, möglichst viel gesellschaftliche Wahrheit in ein poetisches Bild zu bringen.

Mich interessieren aber nicht Vorgänge bei Lieschen Müller im Bett oder im Tabakladen, mich interessieren zur Zeit Vorgänge an der Spitze der gesellschaftliche Pyramide. Wie bringt man also beispielsweise Josef Stalin auf die Bühne?

Hochhuth hat versucht, dem großen Individuum beizukommen durch Anwendung der elisabethanischen Dramaturgie, die elisabethanische Dramaturgie hat aber ihre historisch konkrete Geschichte im ausgehenden Mittelalter war die Zivilisation und die Wahrheit, das heißt, das Wissen des Menschen über sich selbst so gering, so indifferent, daß Shakespeare den sozialen Gehalt der Welt in einem einzigen Stück unterbringen konnte, ohne simpel, grob oder flach zu scheinen. Der Auftritt von Hexen ist heute alberner Spuk und beweist gar nichts. Bei Shakespeare gelten Geister aber noch als reale gesellschaftliche Mächte. Das antike Individuum ist tot, das gegenwärtige partikulär, sagt Hegel, was Lukacs verschweigt ... und darauf ist Hochhuth meiner Ansicht nach hineingefallen. Dieser elegante und leistungsfähige Apparat, die Dramaturgie des elisabethanischen Dramas setzt eine naive Welt voraus. Wer den gleichen Apparat heute unverändert auf Churchill oder Oppenheimer anwenden will, kann nur Schulfunk, bestenfalls Dokumentartheater machen.

Seit der Aufklärung haben die Deutschen lernen müssen, was Hegel ihnen gesagt hat, daß die fortschreitende Welt ihnen immer weniger poetische Bilder erlaubt, das heißt, die Vernunft in der Geschichte nimmt zu, die Kunstfähigkeit der Geschichte nimmt ab. Brecht stand vor dem gleichen Problem wie Goethe. Geschichte war notfalls vorhanden, aber naiv war ihr nicht mehr beizukommen. Kunst fordert aber Naivität. Was tun?

Goethe hat in der Iphigenie die ganze Misere und den schwachen Glanz Weimars untergebracht, Brecht hat im Galilei den Widerspruch und die Identität unserer Epoche eingefangen, zwischen Venedig und Florenz, wenn Sie so wollen, zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt. In der ersten kommt Galilei nicht zur Forschung, weil er mittels Manipulation Geld machen muß, in Florenz, unter den Fittichen der Inquisition, darf er forschen, aber die Ergebnisse werden verboten. Dieses Stück enthält also einen großen Teil Autobiographie Brechts, die Epoche beinhaltet, und was beweist das? Das beweist, daß das Theater der heutigen Welt sehr wohl beizukommen weiß und zwar mit Hilfe der alten poetischen Bilder.

Lassen Sie mich noch schnell eine wichtige Bemerkung sagen. Ich spreche hier vor einem Auditorium, das vorwiegend bürgerlich denkt, also auch vorwiegend bürgerliche Ansichten über Kunst hat. Daraus ergeben sich zwei Schwierigkeiten, auf die ich mich sehr freue. Erstens: man weiß sehr wohl, daß dem bürgerlichen Denken der historische Horizont stark eingeschrumpft, wenn nicht ganz und gar abhandengekommen ist und damit auch die Fähigkeit, Geschichte als Kontinuität zu begreifen. Das herrschende bürgerliche Denken ist heute, zum Beispiel in der Ästhetik, ohne jedes Gedächtnis. Das muß wohl auch so sein, denn der Kunstproduzent muß heute, um auf dem kapitalistischen Markt am Mann zu bleiben, vom Persilkonzern lernen, wie man jede Woche eine neue Marke auf den Tisch bringt und wie man jede Woche eine alte neue Marke vom gleichen Tisch verschwinden läßt.

Zweitens: Die Behauptung, Stalin war nichts anderes als ein blutiger Popanz, kommt natürlich aus einer verrotteten Moral. Es ist müßig, in einer Welt, die entweder mit Gewalt fortschreiten oder mit Gewalt aufgehalten werden kann, über die Anwendung von Gewalt entrüstet zu sein.

Ich schlage vor, wir diskutieren jetzt über folgende Punkte:

– Ist der bürgerliche Kulturbetrieb, besonders der Theaterbetrieb, in der Lage neue, besonders linksorientierte Theaterstücke zu reproduzieren?

Brauchen wir in Westdeutschland neben der sozialen Revolution auch eine Kulturrevolution?

Leistet der etablierte Kulturbetrieb der Refaschisierung der westdeutschen Innenpolitik Vorschub?

Holger Oehrens

»Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?«

„Man kann sich bisweilen des Eindrucks nicht erwehren, als habe der ‚Morgenthauplan', unseligen Angedenkens, der aus Deutschland ein Agrarland machen wollte ..., im Schulwesen der Bundesrepublik eine posthume Wirksamkeit gewonnen ... und als orientierten sich die höchst einflußreichen Vetogruppen, die sich allen Reformen entgegenstemmen, noch immer an diesem Plan."

So sprach der Soziologe Professor Christian Graf von Krockow im April 1965 auf dem VIII. Deutschen Studententag zum Thema „Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?" Frenetischer Beifall der Studenten war ihm sicher. Zustimmung versagten ihm jedoch vor allem die Herren der Parteien, die im Studenten vorzugsweise den Kostgänger der Gesellschaft sehen. Ihnen sei verraten: Zwei Aspekte einer Bildungsökonomie passen sich nahtlos in ihr – weiterhin reaktionäres – Bild einer möglichst expansiven Leistungsgesellschaft einfügen, sehr zu deren Vorteil übrigens.

Die magische Restgröße

In den einfachsten Denkansätzen wurde die Wachstumsrate der Volkswirtschaft lange Zeit als proportionale Funktion der materiellen Investitionsquote angesehen. Doch gelangte man in den USA bald zu der überraschenden Feststellung, als man die klassischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital mit der Entwicklung des Sozialprodukts verglich, daß der wachsende Wohlstand nur zu einem Drittel durch die Erweiterung des Input an Arbeit und Kapital erklärt werden konnte. Die restlichen zwei Drittel verblieben zunächst als magische Restgröße.

Den Ursprung zumindest eines Teils derselben offenbarten dann später präzisere Forschungsergebnisse: Ein Viertel bis ein Fünftel des Gesamtzuwachses fließt dem Sozialprodukt direkt von den Bildungsinvestitionen zu.

Plädoyer für ein allgemeines Studienhonorar

Hinzu kommt: Während im wirtschaftlichen Bereich die Realinvestition eine Grenze erreichen kann, wo ihre Wirksamkeit abnimmt, gilt dies für den Bildungsaufwand nicht.

Paradebeispiel in der internationalen Literatur: In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in Deutschland weit über Bedarf Chemiker ausgebildet. Erfolg: Eine aufblühende expansive chemische Industrie.

Dummheit verzinst sich besser

Vermutlich bevölkern die Studenten die Hochschule weniger aus volkswirtschaftlichen Gründen als um der persönlichen Prosperität willen. Hierzu ein kleines Rechenexempel: Ein Student zwischen dem 21. und 26. Lebensjahr würde in dieser Zeit als Berufstätiger jährlich etwa 8000 DM verdienen. Diese ‚opportunity costs' sind der private Kostenbeitrag eines jeden Studenten. Der Einwand, daß dieser Verzicht im Hinblick auf einen späteren höheren Verdienst erfolge, ist nur dann stichhaltig, wenn das künftige Einkommen tatsächlich den ‚entgangenen' Betrag neben den anderen Aufwendungen zur Lebenshaltung während des Studiums ausgleicht.

Der Pionier der Bildungsökonomie, Th. W. Schultz, errechnete für die USA bei der Gegenüberstellung von Mehraufwand und Mehrverdienst eine Rendite beim Studium von 9,7 %, Höhere Schule von 11,2 %, und Elementarbildung von 35,4 %. Quintessenz: Dummheit verzinst sich am besten.

Doch führen wir das Rechenmodell fort. Das entgangene Einkommen eines Studenten in der BRD beträgt jährlich 8000 DM, die öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft, Bildung und Forschung betragen 5000 DM, alle Lehr- und Forschungsausgaben der Hochschulen auf die Gesamtzahl der Studenten umgerechnet.

Also: Obwohl der gesellschaftliche Nutzen höher ist als der individuelle, übersteigt der Eigenanteil der Bildungsinvestition den öffentlichen.

Vom Honnefer Modell

Wenn also die Gesellschaft mehr profitiert und weniger investiert als der einzelne, wäre es dann nicht recht und billig, wenn sie zumindest dessen Lebenshaltungskosten übernähme? Wiederum zu ihrem Vorteil, denn die ungesicherte Existenz und wirtschaftliche Not vieler Studenten verhindern zur Zeit häufig ein optimales Studium.

Die Ausbildungsförderung, wie sie heute praktiziert wird, ist in allen ihren Systemen völlig unkoordiniert und materiell unzureichend. Mehr als 100 Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestimmen, unter welchen Voraussetzungen wer wieviel zur Sicherung seiner Ausbildung erhält. Dem Statistischen Jahrbuch für die BRD (1967) entnehmen wir z. B. folgende Zahlen: Aus Mitteln der Eltern studieren 57,8 %,

nach dem Honnefer-Modell 14,5 % und aus eigener Erwerbstätigkeit 12,4 %.

Zum Studienhonorar

Tatsächlich begegnet die derzeitige Regelung eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern (Honnefer-Modell) auch verfassungsrechtlichen Bedenken. Denn die im Grundgesetz niedergelegte Ordnung des sozialen Rechtsstaates schließt den Auftrag ein, die Garantie der Rechte auf freie Entfaltung sowie freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte im Wege der Gesetzgebung zu realisieren.

Der Bund ist auf Grund von Art. 74, 7 GG im Rahmen seiner Sozialkompetenz für eine solche Gesetzgebung zuständig, sofern er sich hierbei auf die „wirtschaftliche Fürsorge" beschränkt.

Durch ein derzeitiges oder auch verändertes Verwaltungsabkommen wird der Verfassungsauftrag nicht erfüllt; schon darum nicht, weil es den Begünstigten nicht einmal einen Rechtsanspruch gewährt.

Hinzu kommt allerdings ein weiterer Gesichtspunkt. Eine Reform, die die soziale Lage des Studenten betrifft, kann nur dann sinnvoll sein, wenn sie den tatsächlichen gesellschaftlichen Funktionen des Studiums gerecht wird, und die soziale Stellung des Studenten der Bedeutung seiner Tätigkeit anpaßt. Das geforderte bundeseinheitliche Ausbildungsförderungsgesetz kann diese Aufgabe jedoch [illegible] erfüllen, wenn es den im Subsidiaritätsprinzip begründeten Elternbeitrag zu den Studienkosten aufgibt und so den Studenten aus allen sachfremden Abhängigkeiten freisetzt. Nur durch ein solches „Studienhonorar", das ohne jede Auflagen und Bedingungen jedem zugelassenen Studenten gezahlt wird, würde der Student auch in seiner allgemeinen Lebensführung jene Selbständigkeit gewinnen können, die ihm in der wissenschaftlichen Arbeit selbst abverlangt wird. Übrigens ist die Finanzierung eines solchen Programms weit weniger schwierig, als seine Kritiker behaupten. Machen wir einen Überschlag: An den Universitäten studieren etwa 200 000 Studenten über 21 Jahren; erhält jeder monatlich 350 Mark, so ergibt das einen Jahresetat von 840 Millionen Mark. Dafür fallen alle bisherigen Bund- und Länderförderungen in Höhe von etwa 300 Millionen Mark fort. Die Studentensubvention wäre also bescheiden und, wenn man sie mit den [illegible] vergleicht, minimal. Vom Verteidigungsetat, der gut ein Viertel unseres gesamten Haushaltes verschlingt, wagt man ja kaum noch zu reden. Immerhin wäre ein „Studienhonorar" im Gegensatz zu diesem nicht nur Subvention, sondern Investition und damit nicht Sofa, sondern Sprungbrett.

Dirk Hoerder, Student der Anglistik und Geschichte im 8. Semester, hat für zwei Semester ein Auslandsstipendium nach den USA erhalten; er studiert jetzt seit September an der State University of Minnesota in Minneapolis. In einem Brief schildert er uns seine Eindrücke.

Dirk Hoerder

sit-in auf amerikanisch

Erst wenn man in Amerika gewesen ist, lernt man die Freiheit der BRD richtig schätzen. In dieser Wundergesellschaft hier fühlt sich selbstverständlich jeder frei, und die Mehrheit ist bereit, das unter Anwendung von Napalm zu beweisen. Leider erinnern mich die Menschen in diesem Land jedoch sehr eindringlich an die Schafe in Orwells Animal Farm. Es weiß nämlich kaum einer, was Freiheit ist. Dafür aber wissen sie, daß „dissent" etwas Schlechtes ist. Offenbar wird Freiheit ausschließlich ökonomisch begriffen im Sinne des Liberalismus des 19. Jahrhunderts, verbunden mit einer vulgärdarwinistischen Komponente („Existenzkampf", „Überleben des Stärkeren"). Geld ist absoluter und oberster Wert, allerdings nur im realen Wertsystem, nicht nach dem Selbstverständnis.

Die Freiheit einer divergierenden politischen Meinung außerhalb der etablierten Linien wird nur sehr wenigen zugestanden, solchen, die auf wirtschaftlichem Gebiet bewiesen haben, daß sie etwas leisten können. Alle anderen werden für zu dumm gehalten. Das gilt besonders für Studenten, die nie für voll genommen werden, aber weil erwachsen nur ist, wer sich [illegible] „Dissent" in d[illegible] heimlich brutal niedergeknüppelt. Nachdem hier in Minnesota neulich ein sit-in stattgefunden hat (Teilnehmer am [illegible] 25 Studenten: Zahl der Studenten an der Universität: 35 000), formuliert die Uni eifrig an einer „policy" für ähnliche Vorkommnisse. Da die Polizeiknüppel meist einen schlechten Eindruck machen, ist man gegenwärtig dabei, einen „Demonstrations-Raum" zu schaffen, d. h. irgendeinen Hörsaal oder kleineren Raum, wo jeder, der will, sit-ins etc. abhalten kann, ohne jemand anderen zu stören und möglichst, ohne bemerkt zu werden. Damit ist der Überbau gerettet (Freiheit des „dissent") und die wirklichen Verhältnisse [illegible] wo sie waren. Resultat einer folgenlosen Kanalisierung sozial und politisch unerwünschter Handlungen.

Außenpolitisch verlieren die Vereinigten Staaten ständig an Terrain, besonders in Mittel- und Südamerika, da die Allianz für den Fortschritt (Punta del Este Konferenzen) wegen des starken Engagements in Vietnam langsam versandet. Innenpolitisch wird überhaupt nichts unternommen, um Rassenspannungen abzubauen und die unteren Einkommensgruppen in den Staat zu integrieren. Viele Amerikaner rechnen mit einer Zunahme der Rassenkrawalle im nächsten Sommer, eventuell erweitert durch Auseinandersetzungen in den Armutsgebieten der Appalachen.

In meiner Sicht sind die Amerikaner so lange unfähig, auch nur ihre eigenen Probleme zu lösen, solange sie Ideologie (Freiheit und Demokratie) und Realität [illegible] zueinander belassen. [illegible] die Ideologie ist so [illegible] Realität nicht mehr be[illegible] tierungen und Organ[illegible] die Realität von der Ideologie her interpretieren. Man ist ständig mit der Verbesserung der Welt beschäftigt. Das mit einem missionarischen Eifer, der sich aus der Überzeugung herleitet, die – ökonomisch – größte und daher beste Nation der Welt zu sein, so daß die Zeit zur [illegible] fehlt. Da zudem die Produktion in weitem Maße automatisiert ist, muß ein großer Teil der Arbeitskräfte (sinnlos) unproduktiv eingesetzt werden. Die ganze Gesellschaft macht auf mich einen eigentümlich künstlichen Eindruck. Es zeigt sich ein Trend zur Brave New World.

Forts. von S. 11: Elfenbeinfabrik

ner Emanzipation. Denn mit der Einteilung der Studieninhalte in praxisferne Theorie für die wissenschaftliche Nachwuchselite und die Vermittlung traditioneller Verfügungs- und Handhabungstechniken durch einen eigens dafür vorgesehenen nicht forschungs-, sondern „ausbildungsintensiven Lehrstab" in einem dreijährigen Leistungswettlauf, der zudem die eh schon Unterprivilegierten trifft, kann von „höherer Bildung für alle" — so die Schlagzeile in Christ und Welt vom 24. März 1967 — nicht — oder doch nur in einem gänzlich formalisierten Sinne — die Rede sein. Gleichheit gerinnt hier zur Manipulation: „Es wird viel leichter sein, einen Studenten zu einem Kurzstudium zu bewegen, wenn er dies an der Universität ebenso ableisten kann wie alle anderen. Er ißt in derselben Mensa, hat denselben gleichen Studentenausweis und besucht denselben Medizinerball. Eigene Einrichtungen hätten einen gewissen diskriminierenden Charakter". So Dahrendorf in Bergedorf. Hier wird das sonst recht vage organisatorische Konzept unmißverständlich in seinen konkreten, manipulativen Bezug gesetzt: die differenzierte Gesamthochschule hat kompensatorische Funktionen für die zukurzgekommenen Produkte des „Borniertungsstudiums"; nebenher mag sie auch noch eine verwaltungstechnische Vereinfachung sein. Gleichheit ist Dahrendorf wohl eher ein Problem der „psychischen Wiedergutmachung", der Kompensation für eine doch dann objektiv gegebene Diskriminierung, als eines der Ermöglichung der Emanzipation der wissenschaftlich Lernenden. Hier zeigt sich wohl am deutlichsten eine Tendenz bei Dahrendorf, die einen Umschlag der liberalen Intention einer Chancen- und Bildungsgleichheit in liberale Rhetorik bewirkt, die sich jeglichen Inhalts entschlagen hat und hier nur noch manipulative Funktionen dem Ausbildungsobjekt gegenüber erfüllt.

Die Dynamik dieses offenen Dahrendorfschen Modells enthüllt sich als Oberflächenbewegung. Man hätte sich anderes als eine Bildung als Bürgerrecht auf Borniertheit vorgestellt. In Wirklichkeit geht es ja auch nicht um eine „Bildung als Bürgerrecht", sondern um einen fürsorglichen „Abbau des Studentenberges".
Der Fetischcharakter dieses Reformmodells, das von jeglichem Inhalt von Wissenschaft abstrahiert, läßt sich auch an einem anderen Punkt noch deutlich machen; in schöner Ausführlichkeit wird um angemessene Titel diskutiert: Bakkalaureus, Doktor, Magister . . .? (vgl. das Dahrendorf „Spiegel"-Interview v. 9. Okt. 1967). Von der Sache selbst ist kaum die Rede. Nichts über Wissenschaftstheorie und -methodologie, nichts über die emanzipatorische Funktion von Wissenschaft und deren organisatorische Konkretion im Prozeß wissenschaftlichen Lernens, nichts über eine mögliche demokratische Organisation der Universität. Nichts bis auf bündige Kompressionsempfehlungen. Keine Frage nach den Bedingungen, die einer Reflektion auf Leben- und Handelnkönnen auf Grund wissenschaftlich vermittelter Einsicht zuträglich sind. Das Dilemma dieses — und nicht nur dieses — Reformmodells ist es, daß seine administrativen Erkenntnis- und Empfehlungsansätze jeglichen Bezugs zu den anstehenden materiellen Konflikten in einem bewußten Sinne entbehren; das ist auch die Voraussetzung — auch im subjektiven Sinne eines entlasteten Gewissens zu verstehen — für eine Kompression von oben her.
Zur Hochschulreformpraxis gilt hier ähnliches wie für die Organisation des Wissenschaftsrates. In dem Dahrendorfschen Reformarbeitskreis waren weder Gewerkschafter noch Studenten, noch sonstige — außer der bekannten — Öffentlichkeit vertreten. Vertreten waren neben der Bürokratie, die Großindustrie mit Prof. Walter Ludwig und Dr. Richard Sinn, beide Male von der Badischen Anilin und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, die Ordinarien und die „Assistenten", nämlich qua Kooptation (zum Zwecke der Arbeitsentlastung). Diese Praxis ist vom Wissenschaftsrat her bekannt. Auch dort figurierten ja, wie gezeigt, unter den „anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" bislang sechs akademisierte Großindustrielle, einer davon — bis vor kurzem — Prof. Carl Wurster, ebenfalls von der Badischen Anilin und Soda-Fabrik AG. Hier wäre freilich eine Frage an die Gewerkschaften weiterzugeben: Besitzen sie überhaupt eine Vorstellung von den Bedingungen für eine emanzipatorische Ausbildung, für eine schöpferische wissenschaftliche Praxis, für eine humane Infrastruktur? Wollen sie sich mit den vagen Forderungen ihres Grundsatzprogramms begnügen und die Praxis der Hochschulreform dem wissenschaftlich - bürokratisch-wirtschaftlichen Establishment überlassen, haben sie für den nötigen Sachverstand in ihren eigenen Reihen gesorgt, um mitreden zu können? Besteht bei ihnen eine Öffentlichkeit, in der eine demokratische Alternative und die Strategie ihrer Verwirklichung diskutiert wird? Und sind sie in der Lage, die Probleme der Infrastrukturpolitik im Wissenschaftsbereich mit dieser Alternative sinnvoll zu verbinden? Wenn nicht, dann nützt es weiter auch nichts, wenn neuerdings statt dem ausgeschiedenen Wurster Rolf Spaethen von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in den Kreis der anerkannten Persönlichkeiten aufgerückt ist. Das wäre nur eine Oberflächenbewegung mehr in der Landschaft administrativer Reformen.

Anmerkungen:
(1) Das Manuskript ist nunmehr erschienen in der Reihe „Bildung in neuer Sicht", Reihe A Nr. 5, Villingen, Okt. 1967 (mit einem Vorwort des baden-württembergischen Kultusministers Prof. Dr. Wilhelm Hahn).
(2) Jürgen Habermas: Zwangsjacke für die Studienreform. Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrats, in „Der Monat", November 1966, Nr. 218, S. 9.

REZENSIONEN

Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Hrsg. von Stephan Leibfried. 9,30 DM. Pahl-Rugenstein Verlag.

Dieses Handbuch faßt kritische Beiträge zur Situation der Studentenschaft und der Hochschule zusammen, die sonst nur schwer zugänglich sind. Zentrales Thema des Buches ist das Problem der ‚angepaßten Universität'. Zugleich gibt es Mittel an die Hand, mit denen die politisch aktive und bewußte Studentenschaft in praktischer Tätigkeit auf dem Wege zu einer demokratisch verfaßten Hochschule operieren kann.

Von der ‚Entwicklung der Hochschulen seit 1945' über die ‚Anpassung der Universität', wie sie in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform offenbar wird; über den Zusammenhang von ‚Arbeit, Angst und Aufstand der Studenten', die ‚Problematik studentischer Vorlesungsrezensionen', wie sie eingesetzt und angewandt werden können, bis hin zur ‚Hochschule im Prozeß der Demokratisierung' und der Weiterentwicklung von Hochschulpolitik zur Gesellschaftspolitik, ist in diesem Handbuch alles enthalten, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu diesem Themenkreis von Interesse ist.

Leibfried und Preuß haben einen speziell für diesen Band geschriebenen Aufsatz verfaßt, der dem ‚politischen Mandat' gilt. Seit hier in Hamburg der ehemalige Rektor, Prof. Schäfer, mit frappierender Selbstverständlichkeit die „Universität mit der Wahrung staatlicher Aufgaben" betraute, ist dieser Aufsatz besonders zu vermerken. In elf Thesen wird expliziert, warum die Problematik des politischen Mandats unter dem Gesichtspunkt einer vom Emanzipationsinteresse getragenen Interpretation angegangen werden muß; weil nämlich die Zukunft erwarten läßt, daß die „Einschränkungsanstrengungen der Administration (nicht nur in Berlin) weiter intensiviert werden". „Ein Abbau der ‚juristischen Umkleidungen' (ist) überfällig; dies zumal deshalb, weil dann die politische Substanz dieser Einschränkungen durchsichtig wird und einer direkten politischen Aktion der Weg mit gebahnt ist." (S. 345)

-mer

Lucien Sebag: Marxismus und Strukturalismus. Theorie 2. 16,– DM. Suhrkamp Verlag.

Seit der Strukturalismus, vornehmlich durch die Werke von Lévi-Strauss, die intellektuelle Diskussion in Frankreich beherrscht, ist es auch bei uns modern geworden, strukturalistische Thesen zu rezipieren.

Sebag unternimmt den Versuch, den Marxismus unter strukturalistischen Vorzeichen zu interpretieren, vor allem: die Beziehungen zwischen Strukturalismus und Marxismus herauszuarbeiten. Marxismus wird von ihm als „erste totalisierende Theorie der sozialen Phänomene" verstanden, Strukturalismus als „geeignete Methode, die Intelligibilität der Dinge, die den Menschen angehen", hervorgehoben.

Die Analyse der Ideologien, ebenfalls ein Kernstück des Marxismus, hält Sebag für primär, weil der Strukturalismus seine beste Bestätigung in der Untersuchung verschiedener ideologischer Systeme gefunden habe.

Der Übergang von Marx zu Hegel wird ausführlich, für das Thema vielleicht zu ausführlich, dargestellt. Von eminentem Interesse und von der Originalität des Bandes zeugend, ist das Kapitel, in dem von Geschichtswissenschaft und strukturaler Methode gehandelt wird. Beide werden unter dem Gesichtspunkt einer objektiven Analyse der Ideologien einander entgegengestellt. Ob es dem Strukturalismus dabei gelingt, das genuin Historische in seine Theorie zu integrieren, bleibt fraglich. Geschichte ‚strukturiert' sich, wird morphologisch in immanenten Formen begriffen. Den methodologischen Status der Geschichtswissenschaft zu klären, hilft der Strukturalismus kaum.

-l

Episches Theater. Hrsg. von Reinhold Grimm. NWB Bd. 15. 22,80 DM. Kiepenheuer & Witsch.

Der Sammelband von 19 Aufsätzen über das epische Theater ist eine Encyklopädie über Methoden und Resultate der Forschung zu diesem Thema zu nennen.

Einleitend zwei Beiträge zur literaturhistorischen Entstehung des epischen Theaters, dann folgen Aufsätze zur Entwicklung von Brechts Theorien und Analysen seiner Stücke. Dietrich untersucht die Frage, was das ‚Epische' im Drama sei, Müller findet die Vereinigung von Epischem und Dramatischem im dialektischen Theater. In Feinarbeit entflicht Wirth die verschiedenen Ebenen der Brechtschen Stücke. Dann weiten die folgenden Beiträge den Blick auf die synchronische Produktion epischer Dramen aus (Franzen) oder versuchen, sie entwicklungsgeschichtlich zu ordnen (Martini).

Der Widerspruch in der Sache episches Drama und seine Entstehung in der Krise arbeitet am besten Szondi heraus.

Der zweite Teil gilt Methoden- und Deutungsproblemen. Typologien werden untersucht: aristotelisch — nicht-aristotelisch; offene — geschlossene Form; szenisches — panoramisches Erzählen; Spannung — Kontrast; drei theoretische Beiträge über die Situation der Moderne schließen den Band.

Bedauernd merkt bereits der Herausgeber an, daß ihm „ein befriedigender Beitrag" zu Brechts Beziehungen zum asiatischen Theater fehlte. Der bibliographische Apparat berücksichtigt auch wichtige ausländische Publikationen. Bewertung: Ein höchst wertvoller Studienhelfer.

-ch

Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Hrsg. v. Gert Schäfer und Carl Nedelmann. Studienausgabe. 18,– DM. Szczesny Verlag.

Zum guten Ton kritischer Rationalisten gehört heute, gesamtgesellschaftliche Analysen auf ein neoprimitives Überbau-Unterbau-Schema zurückzuschneiden, d. h. mit dem Anspruch auf kritische Theorie diese praktisch zu verballhornen. Darüber hinwegtäuschen kann auch nicht eine begriffsfetischistische Terminologie, deren materielles Substrat nur zu oft Gemeinplätze sind.

Unter diesem Aspekt ist der Versuch, die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik auf ihren Begriff zu bringen, d. h. den Staat bei seinem Parteinamen zu nennen, als nahezu überfällig zu betrachten. Allerdings, das Spektrum einzelwissenschaftlicher Analysen, die in diesem Band vereint sind, ist substantiell derart ungleichgewichtig, daß jene kaum zu einer ausgeführten Theorie der Gesellschaft zusammenzuschließen vermögen. So stehen neben Arbeiten, die auf empirische Belege gestützt, theoretischen Scharfsinn entdecken lassen, solche, deren undifferenzierte Deduktionen ein allgemeines Unbehagen wortreich affirmieren, aber kaum artikulieren. Von der CDU indes ist zu wenig zu hören. Deren innerparteiliche Konflikte sind nicht so peripher wie es manchmal scheinen mag. Daß die CDU mit dem Staat identifiziert wird, wie sie umgekehrt ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechend jede Opposition in einem Gemeinwesen, das seiner Verfassungswirklichkeit nach stets ein Parteienstaat war, als Untergang des Abendlandes verdächtigen mußte, ist für die Beurteilung der politischen Verhältnisse dieses Landes eine zentrale Feststellung. Jedoch, eine konsistente Verbindung der verschiedenen Analysen mit der Schlüsselkategorie „CDU — Staat" ist auf weiten Strecken dieses Kompendiums nicht zu entdecken. Es scheint, als hätten die Autoren den restriktiven Anspruch, „ihren Gegenstand meist kaum mehr als propädeutisch angehen" zu können, zuweilen zu wörtlich genommen. Allerdings, als „Einführung in die Politik" der BRD bleibt dieser Sammelband nahezu ohne Beispiel, als einer der wenigen Versuche, die Doppelintention kritischer Theorie einzulösen: Das Mißverhältnis von Sache und Begriff theoretisch zu demonstrieren, und zugleich einen Vorschuß auf die uneingelöste Praxis durch bestimmte Negation zu nehmen.

-ten

Peter Schütt

Die Kohlenkrise hat in der Gruppe 61 nicht stattgefunden

Bericht von der Herbsttagung der Dortmunder Arbeiterschriftsteller

Bundesdeutsche Literaturkritiker erhofften sich durch eine ertragreiche Spätlese eine Entschädigung für die poetische Mißernte der Saison, Gewerkschaftsvertreter wollten ihr bildungspolitisches Programm bekräftigen und linke Studentengruppen sahen eine Chance, ihre Verständigungsschwierigkeiten mit der Arbeiterklasse auszuräumen.

Wer aber voreilig vermutet hatte, die Dortmunder Autoren würden sich geschlossen und programmatisch an die Spitze der um ihren sozialen Besitzstand und den Arbeitsplatz kämpfenden Kumpel stellen, wurde bereits durch die akademische, um nicht zu sagen ‚fachidiotische' Eröffnungsansprache vom Gruppenchef Fritz Hüser, dem Leiter der Dortmunder Staatsbibliothek, eines Besseren belehrt. Mit archivalischer Gründlichkeit legte er die Untätigkeit der Gruppe während des vergangenen heißen Sommers dar und machte allen deutlich, warum ihre Autoren bisher geschwiegen hatten: weil sie nichts zu sagen wußten. Unter diesem Motto stand die Vorstellung der diesjährigen Debütanten Kurt Brüll, Karl Hilfert und Herbert Erdmann. Erdmann ersetzte Agitation durch Einfühlung. In seiner peinlich und erbärmlich kleinbürgerlichen Armeleutepoesie schimmerte der Glanz von innen allenthalben durch die Butzenscheiben und versah Halden, Arbeitskampf und Notstandsplanung mit dem mystischen Schimmer der Gottgewolltheit. Das lyrische Stilleben mit dem Titel „Stillegung" weckte endlich moralische Zweifel an der Legitimation, die Folgen einer unverhohlenen Ausbeutungswillkür – deretwegen Wochen zuvor zwanzigtausend Bergleute in Dortmund die Rote Fahne in die Hand und die Internationale wieder in den Mund genommen hatten – zum Anlaß einer huflattichüberwucherten Idylle zu nehmen.

Den Eindruck versonnener Heimarbeit machte auch Brülls Romanausschnitt, in dem der Kontrolleur einer vollautomatischen Betriebsanlage über Entfremdung meditiert: knifflige Sprachspielereien, durch kunstvolle Assoziations- und Kombinationsketten zu einem inneren Monolog verflochten, schienen eher fern von des Tages Last und Müh im Lehnstuhl ausgetüftelt als gerade während der Beaufsichtigung einer Fließbandanlage. Der umsichtig gelenkte Bewußtseinsstrom konnte über das fehlende Bewußtsein nicht hinwegtrösten und rauschte deshalb folgenlos über die Köpfe der angestrengten Zuhörer hinweg.

Brülls Kombinationsgabe wurde an technischer Perfektion von Hilferts Computermontagen mühelos übertroffen. Die impressionistischen, assoziativen oder satirischen Collagetexte wären in Höllerers Berliner Studio gewiß am Platz gewesen, und die anwesenden Verlagslektoren bekundeten ihren Respekt und ihr Interesse. Um so mehr stellten Arbeiter und Gewerkschafter die Leistungsfähigkeit derart verdinglichter Sprachzertrümmerung in Frage; man fragte, ob ein Stotterer überhaupt noch die Nöte des Stotterns artikulieren könne.

Die älteren Gruppenmitglieder, sofern sie zu Wort kamen, boten Bewährtes; Arbeiter, die BILD-Zeitung lesen, Fußballfanatiker sind, über Gewerkschaften, Studenten und Frauen Böses sagen und gern einen über den Durst trinken, haben die westdeutschen Arbeiterdichter mittlerweile genug dargestellt.

Klas Ewert Everwyn las seine dritte Unfallgeschichte, in der immerhin ein armes Opfer, ein Filialleiter und eine Unternehmensführung vorkommen und in der innerbetriebliche Herrschaftsmechanismen sichtbar werden. Die Dämonisierung der unfallverursachenden Maschine verrät jedoch eine manisch-depressive Einstellung zur übermächtigen Welt der Technik; die Fabrikdirektoren werden allemal zustimmen, wenn man ihre Mitschuld an betrieblichen Mißständen und Katastrophen auf eine unheimliche Tücke des Objekts überträgt.

Die Beiträge der Gruppenältesten, Artur Granitzki und Wolfgang Schnell, wurden mit Beifall, aber ohne Diskussion aufgenommen; obwohl Schnells Erinnerungen an den Kieler Matrosenaufstand von 1918 manchen aktuellen Verweis enthielten, konnten sie bei keinem der anwesenden Autoren ein revolutionäres Engagement provozieren. Die prominenten Gruppenmitglieder beschränkten sich auf Zwischenrufe und Randbemerkungen und Max von der Grün drohte gar, er werde nicht mehr mitmachen, falls man ihm eine Anti-Springer-Resolution abnötigen wolle; er jedenfalls schriebe gern in BILD, wenn man ihn nur ran ließe.

Hernach am Stammtisch war von nicht wenigen Gruppenmitgliedern die Meinung zu hören, mit der Gruppe 61 sei es vorbei. Sie habe ihr bescheidenes und unpolitisches Gründungsziel, für den Themen- und Problembereich von Technik, Industrie und Automation einen angemessenen Platz in der deutschen Literatur durchzusetzen, wenigstens teilweise erreicht; von der Grün, Wallraff, Körner und Elisabeth Wohlgemuth sind mittlerweile in den Literaturbetrieb integriert und andere benutzen das Forum der Gruppe nur als Sprungbrett ins literarische Establishment. Mehrere Diskussionsteilnehmer erinnerten an den Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller der Weimarer Zeit und forderten einen programmatischen Neubeginn der Gruppenarbeit; auch das DDR-Modell des Bitterfelder Weges wurde propagiert.

Die Gründung der Dortmunder Gruppe 61 „zur künstlerischen Auseinandersetzung mit der industriellen Arbeitswelt" war, als sich an der Ruhr bereits das Ende der Rekonstruktionsperiode abzeichnete, der halbherzige Versuch, einem entstehenden Bedürfnis nachzukommen, um es zugleich abzufangen, umzulenken und abzuwiegeln.

Statt ‚Arbeiterdichtung' hieß es ‚neue Industriedichtung', statt Arbeitsplatz ‚industrielle Arbeitswelt'.

Wenn am Bußtag in Dortmund allen Ernstes nochmals ‚Wertfreiheit' postuliert wurde, könnte dieser Anspruch das rasche Ende der Gruppe bedeuten: Wertfrei gegenüber der Kohlenkrise, dem Werkschutz und den Notstandsgesetzen heißt Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, heißt Einschwenken auf den Kurs der größten Koalition aller Zeiten. Andere Kräfte außerhalb der literarischen Regierungsparteien regen sich allenthalben, sie werden die Dortmunder zur Aufgabe ihres kulturpolitischen Wehnerkurses zwingen oder werden bald mit Gelassenheit über die Denkmäler der 61er hinwegschreiten.

einst . . . .

Bei Hamburgs Brand

Georg Herwegh

Ein freies Wort in Hamburgs Flammen!
Denn in den Flammen seht ihr's gern;
Es wird mich Fürst und Volk verdammen,
Und doch — ich find kein Lied, ihr Herrn;
Kaum will ein Laut sich in mir regen,
Ein Laut für den Philistersegen,
Der aus der heißen Asche bricht;
Laßt mich ein Sprüchlein niederlegen:
B e w a h r t das Feuer und das Licht!

Ihr wißt, ich bin ein schlechter Reimer,
Dies liegt trotz eurer Nacht am Tag;
Doch ist mein Vers kein Wassereimer,
Den man zum Löschen füllen mag;
Ich jauchzte, als die Feuerzungen
Jüngst so beredt durchs Land geklungen,
Ja, Feuer! rief noch mein Gedicht;
Ich hab den Stürmen zugesungen:
Bewahrt das Feuer und das Licht!

Manch trocken Auge ward gefeuchtet,
Manch kalte Seele wurde heiß,
Und glühend hat das Eis geleuchtet,
Das starre, deutsche Gletschereis;
Der Bund der Eintracht ward beschworen,
Das Feuer hat uns neugeboren,
Des Rheines Wasser konnt es nicht —
O sei kein Funke drum verloren:
Bewahrt das Feuer und das Licht!

Laßt sie von Land zu Lande wallen,
Die Glut, die uns solch Heil gebar;
Laßt alle, alle Tempel fallen,
Doch jede Seele werd Altar.
„Mehr Licht!" Nur Licht kann uns erretten,
Nur Feuer tilgt das Mal der Ketten,
Das Feuer halte sein Gericht,
Auf Feuer will die Freiheit betten;
B e w a h r t das Feuer und das Licht!

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, daß diese armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mußten. Deshalb trotteten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus, und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt . . . es gibt da so böse Gerüchte.

Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden — die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei ist nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das ‚made in Germany'?

Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.

Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:
burn, ware-house, burn!

Kommune I (24. 5. 67)

. . . . und heute

Der Brandstiftungsprozeß gegen die Kommune I wird im Januar wieder aufgenommen!